

BESCHLUSSBUCH

DIGITALER KLEINER LANDESPARTEITAG

am 12. September 2020



1	Anträge	
2	Inhaltsverzeichnis	
3	Ini – Initiativanträge	
4	Ini01 Für einen starken Sozialstaat auf der Höhe der Zeit	2
5	Ini02 Die Wälder brennen auch heute wieder! NEIN zum Mercosur-Abkommen	4
6	Ini03 Lager evakuieren! – Moria ist unsere Verantwortung	5
7	S - Soziales und Gesundheit	
8	01 Applaus reicht nicht (mehr) – wir packen an für die beste Gesundheitsversorgung in Bayern	7
9	V - Verkehr und Infrastruktur	
10	02 Soziale Verkehrswende: Klimafreundliche Mobilität – bezahlbar und für alle!	13
11	N - Netzpolitik und Digitales	
12	03 Soziale und gemeinwohlorientierte Digitalisierung für alle Menschen in Bayern	22
13		

1 Antrag Ini01: Für einen starken Sozialstaat auf der Höhe der Zeit

Antragsteller/in:	BayernSPD Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge
Herkunft:	BayernSPD Landesvorstand

2 Mit großer Wucht traf Anfang des Jahres ein neuartiges Coronavirus mit dem Namen SARS-CoV-2 die
3 gesamte Welt. Wir konnten die weitere pandemische Ausbreitung des Virus und seine tödliche
4 Kraft in Deutschland abbremsen - durch die Solidarität in der Bevölkerung, das entschiedene
5 Handeln der deutschen Politik und den enormen Einsatz der Beschäftigten im
6 Gesundheitssystem, den Verwaltungen, den Reinigungsbetrieben, im Einzelhandel und vielen anderen
7 Bereichen.

8 Wir wissen, dass nur ein starker Sozialstaat fähig ist, Lösungen in einer solchen Krise zu bieten.
9 Ein Staat, der seinen Bürgern auf Augenhöhe begegnet und ihnen ein sicheres Leben mit seinen
10 Grundbedürfnissen garantiert und alles dafür tut, damit jede und jeder, also Mann und Frau gleichberechtigt,
11 die Möglichkeit hat, gut zu leben. Der von anderen Parteien vielgerühmte „Markt“ kann dies nicht. Unser
12 Sozialstaat erweist sich in der Krise als wirksames Bollwerk gegen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen
13 der Pandemie. Nur durch ihn wurden die härtesten sozialen Folgen dieser Krise abgefedert. Viele
14 sozialpolitische Maßnahmen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten vor allem die SPD gefordert und in
15 Regierungsbeteiligungen durchgesetzt hatte, halfen dabei mit. Beispiele sind die Lohnfortzahlung im
16 Krankheitsfall, der flächendeckende Mindestlohn oder, ganz aktuell, die Stärkung des Kurzarbeitergeldes. Für
17 uns steht fest: Wir brauchen eine dauerhafte Stärkung unseres Sozialsystems. Es bewahrt die Menschen in
18 unserem Land vor den Härten persönlicher und wirtschaftlicher Krisen und sichert den Zusammenhalt in
19 unserer Gesellschaft.

20 Die letzten Monate haben uns wieder gezeigt, dass den rechtsextremen Parteien nicht an einer guten
21 Zukunft für die Menschen in Bayern und Deutschland gelegen ist. Unter ihrem Applaus vermengen sich in der
22 Krise zusehends demokratiefeindliche Kräfte zu einer unheilvollen braunen
23 Soße. Dem muss sich die Sozialdemokratie aus ihrer historischen Verantwortung heraus in den
24 Weg stellen! Verbunden mit einer Stärkung der politischen Bildung ist auch hier ist der Sozialstaat die
25 Antwort, als tragende Säule unserer Demokratie und getragen von sozialdemokratischer Politik.

26 Unsere Verantwortung für Bayern

27 Wir müssen heute dafür sorgen, dass Bayern auch morgen noch erfolgreich sein wird. Die Staatsregierung
28 steht dafür in zentraler Verantwortung und wird dem nur noch unzureichend gerecht. Die ständige
29 Selbstinszenierung des Ministerpräsidenten Söder und das aktuelle Missmanagement werden zur
30 beunruhigenden Hypothek für Gesundheit und Wohlstand. Das ist nicht länger hinnehmbar.

31 Wir brauchen Perspektiven. Dazu sind weiterhin hohe staatliche Investitionen – insbesondere in
32 Infrastruktur, Klimaschutz und ein starkes Europa – unabdingbar. Allen voran ist Bildung der Rohstoff unseres
33 Landes. Nur mit einem guten und fairen Bildungssystem bleiben wir zukunftsfähig. Dazu brauchen wir in
34 Bayern u.a. ein Ganztagesangebot in Schulen, das auf vier Säulen beruht: Qualität, Rechtsanspruch,
35 Kostenfreiheit und eine verlässliche Kernzeit.

36 Seine finanzielle Kraft verdankt Bayern der Leistung der Menschen in unserem Land und unseren zahlreichen
37 Unternehmen: vom Weltmarktführer über den Mittelstand bis hin zu den vielen

1 Kleinbetrieben und Selbstständigen. Wir brauchen ein soziales und ökologisches
2 Konjunkturprogramm in Höhe von zehn Milliarden Euro, mit dem Bayern auf einen nachhaltigen Pfad
3 wirtschaftlicher Entwicklung gebracht wird. Damit bleiben unsere bayerischen Betriebe zukunftsfähig und die
4 Beschäftigten können die Herausforderungen, die mit der Transformation auf sie zukommen, besser
5 bewältigen.

6 Unsere Verantwortung in der Bundesregierung

7 Es war und ist vor allem die SPD in der Bundesregierung, die sich kraftvoll gegen die negativen ökonomischen
8 Auswirkungen der Corona-Pandemie stemmt. Die meisten Maßnahmen der Bundesregierung tragen eine
9 starke sozialdemokratische Handschrift. Mit unserem Finanzminister und designierten SPD-
10 Kanzlerkandidaten Olaf Scholz brachte die Regierung haushaltspolitische Maßnahmen in Höhe von 350
11 Milliarden Euro auf den Weg und bewilligte knapp 820 Milliarden Euro an staatlichen Kreditgarantien. Die
12 „schwarze Null“ ist dank diesem größten Konjunkturpaket der Bundesrepublik Deutschland endgültig
13 Geschichte. Es ist die SPD - auf das Betreiben ihrer Vorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans -,
14 die mit der Senkung der Mehrwertsteuer die Binnenkonjunktur stärkt, alle Familien durch den Kinderbonus
15 unterstützt und auf die dringend nötige Mobilitätswende setzt. Durch die gigantischen Summen, die in
16 saubere Technologien wie Wasserstoff oder E-Mobilität fließen, bekommt unsere Wirtschaft die nötige
17 Schubkraft, den Umbau Richtung Zukunft anzupacken!

18 Durch die umfangreiche finanzielle Unterstützung der Kommunen konnte sichergestellt werden, dass diese
19 auch während der Corona-Pandemie ihren Beitrag zur täglichen Daseinsvorsorge leisten können.

20 Die Bundestagswahl 2021 – eine Richtungswahl

21 Die Bundestagswahl 2021 ist eine Richtungswahl. Vor dem Hintergrund der Bewältigung der Coronakrise geht
22 es vor allem um die Frage, wie gerecht unser Land auch in Zukunft sein wird. Diese Krise zeigt, wie wichtig ein
23 funktionierendes Sozialsystem ist. Die BayernSPD unterstützt dabei die Forderung von Finanzminister Olaf
24 Scholz, das Steuer- und Abgabensystem so auszugestalten, dass Superreiche und extrem Vermögende in
25 Zukunft einen höheren und damit gerechteren Anteil an den Einnahmen des Staates und der Sozialsysteme
26 zu tragen haben. Für uns steht zudem fest: Eine 4-Tage-Woche ist eine zentrale Antwort auf die zu
27 bewältigende Transformation in der Arbeitswelt. Ebenso sind für die BayernSPD folgende Punkte in einem
28 sozialdemokratischen Regierungsprogramm unverzichtbar: ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 12
29 Euro pro Stunde, die Einführung der „Bürgerversicherung“ und die gleichberechtigte Teilhabe von Männern
30 und Frauen in allen Bereichen des Lebens.

31 Für uns steht fest, für diese zukunftsweisenden Maßnahmen braucht es neue politische Bündnisse und
32 Konstellationen. Die entscheidenden Maßnahmen und Initiativen dieser Bundesregierung tragen die
33 Handschrift der SPD. Eine Bundesregierung unter einem sozialdemokratischen Bundeskanzler ist die
34 zukunftsweisende Antwort für unser Land. Daher streben wir andere Mehrheiten nach der Bundestagswahl
35 2021 an. Die Zeit ist reif dafür. Packen wir es an!

1 Antrag Ini02: Die Wälder brennen auch heute wieder! NEIN zum
2 Mercosur-Abkommen!

Antragsteller/in:	Maria Noichl (Landesvorstand)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge
Herkunft:	Maria Noichl

3 Das bisherige, klimazerstörerische Landwirtschaftsmodell, das auf Weltmarktorientierung, Pestizideinsätze,
4 Wasserverschwendung, einer globalen Verarbeitungskette und Dumpingpreise setzt, hat negative
5 Auswirkungen in aller erster Linie auf das Klima und die Umwelt.

6 Billiger Gensoja-Import aus Drittländern, unnatürliche Fleischproduktionsquoten in Europa, getrieben von
7 Exportorientierung, schaden den Menschen, dem Boden, den Tieren und dem Klima. Als BayernSPD kennen
8 wir den Zusammenhang zwischen den brennenden Wäldern in
9 Brasilien und der Einfuhr von Futtermitteln, oft in Form von Soja, auch nach Bayern und Deutschland. Diesen
10 Kreislauf wollen wir durchbrechen und setzen auf die flächengebundene Landwirtschaft, bei der der
11 Viehbestand und Futterboden im Einklang stehen müssen.

12 Daraus folgt, dass wir uns klar gegen das Mercosur-Abkommen positionieren müssen.

13 Das potentiell größte Freihandelsabkommen der Welt bedeutet vor allem eins: Schlechte Aussichten für den
14 weltweiten Klimaschutz und eine weitere Perversion in der Landwirtschaftspolitik.

15 Beim globalen Klimaschutz spielen die Wälder im Amazonas eine zentrale Rolle. Sie tragen maßgebend zur
16 Stabilisierung des Weltklimas bei.

17 Wer sie der Agrarindustrie sprichwörtlich „zum Fraße vorwirft“, handelt gegen die kommenden Generationen
18 und befeuert den weltweit herrschenden Klimanotstand.

19 Deshalb NEIN zum Mercosur-Abkommen.

20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

1 Antrag Ini03: Lager evakuieren! - Moria ist unsere 2 Verantwortung

Antragsteller/in:	Jusos Bayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge
Herkunft:	Jusos Bayern

3 Im Frühjahr 2016 wurde infolge des Europäisch-Türkischen Abkommens zur Rückführung von Geflüchteten
4 das Flüchtlingslager Moria errichtet. Obwohl nur auf gut 2.500 Personen ausgelegt, galt es mit über 13.000
5 Bewohner*innen bis Mitte dieser Woche als das größte Geflüchteten-camp Europas. Nach Ausbruch des
6 Corona-Virus kam es jetzt zu einem Brand, der tausende Menschen ohne Obdach und Versorgung zurückließ.

7 Die Europäische Union sieht zu. Kaum ein anderes Bild zeigt das kollektive Nichtstun, Wegschauen und
8 Versagen der Staatengemeinschaft, der einst der Friedensnobelpreis verliehen wurde, besser. Tagelang wird
9 geschwiegen, statt der humanitären Verpflichtung nachzukommen und allen
10 Menschen eine würdige und sichere Unterkunft zur Verfügung zu stellen. Weder zu Beginn der
11 Pandemie, noch als die unverantwortlichen Zustände in Moria bekannt wurden, wurde gehandelt.

12 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gründete sich nach dem Zweiten Weltkrieg in
13 Deutschland neu, ihre Mitglieder waren gezeichnet von Flucht, Verfolgung und Vertreibung. Den
14 Schwächeren in der Not zur Hilfe zu eilen ist eine maßgebliche Grundlage unserer Partei. Die internationale
15 Solidarität ungeachtet der Herkunft, Hautfarbe, der Sprache oder des Aufenthaltstatus ist uns gerade in
16 Zeiten des Getöses und Gehetzes von Rechts ein hohes Gut, welches wir nicht aufgeben werden. Wir fordern
17 daher die Regierungen Europas zum unverzüglichen Handeln auf - Evakuiert Moria, jetzt!

18 Wir setzen auf unsere sozialdemokratischen Minister*innen in Berlin und auf unsere Parteispitze, den Druck
19 auf die Union und insbesondere auf Innenminister Horst Seehofer massiv zu erhöhen. Die Aufnahme von 150
20 unbegleiteten Kindern kann nur ein Anfang sein. Wenn Europa nicht handelt, dann müssen wir handeln.

21 Deutschland als eines der reichsten Länder der Erde hat die Mittel und den Platz, Menschen in
22 Not problemlos aufnehmen zu können. Dies zeigen nicht nur die 13.000 Stühle vor dem
23 Reichstagsgebäude Anfang dieser Woche, sondern auch die zahlreichen Städte und Gemeinden in ganz
24 Europa, viele davon in Deutschland und Bayern, die sich zum sicheren Hafen erklärt haben. Viele darunter
25 sind sozialdemokratisch regiert, wie beispielsweise München, Regensburg,
26 Bamberg, Aschaffenburg oder Coburg. Und häufig sind es Sozialdemokrat*innen, die mit der Unterstützung
27 der Initiative Seebrücke klar machen: Kein Mensch ist illegal!

28 Doch Seehofer und seine Kolleg*innen von der Union blockieren diese Aufnahmebereitschaft wissentlich, wo
29 sie nur können. Erst letzten Monat hat Horst Seehofer die
30 Landesaufnahmeprogramme für Geflüchtete der Bundesländer Berlin und Thüringen abgelehnt. Die Kanzlerin
31 lässt ihn dabei gewähren. Das Innenministerium muss es daher unverzüglich Bundesländern und Kommunen
32 erlauben, eigene Aufnahmeprogramme zu starten und
33 Geflüchtete unterzubringen. Wir unterstützen dabei die Mitglieder unserer Landesgruppe im Bundestag, auf
34 dieses Ergebnis zu drängen. Des Weiteren muss auch die bayerische Landesregierung mit einem eigenen
35 Aufnahmeprogramm Verantwortung übernehmen.

- 1 Wir als Bayern SPD stehen an der Seite von Geflüchteten, Hilfsorganisationen und ehrenamtlich Engagierten.
- 2 Gemeinsam werden wir die Probleme immer wieder klar und laut benennen, bis wir endlich eine humanitäre
- 3 und integrative Flüchtlingspolitik in Europa und Deutschland umsetzen.

1 **Antrag 01: Applaus reicht nicht (mehr) – wir packen an für die beste**
 2 **Gesundheitsversorgung in Bayern**

Antragsteller/in:	BayernSPD Landesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	S - Soziales und Gesundheit

3 **Ausgangslage**

4 Wie belastbar ist unser Gesundheitssystem? Mit der Covid 19 Pandemie mussten wir neue Antworten geben.
 5 Denn alle, die glaubten es läuft schon irgendwie und wettbewerbsrechtliche und marktorientierte Ansätze
 6 schaffen Lösungen, wurden so deutlich wie nie zuvor Lügen gestraft. Wir hielten und halten einen starken
 7 Sozialstaat entgegen. Denn nur so konnten wir im Vergleich zu anderen Gesundheitssystem in Europa aber
 8 auch weltweit, vergleichsweise gut bis jetzt durch die Pandemie kommen. Die Beschäftigten haben sich in all
 9 den verschiedenen Einrichtungen über den Zuspruch und den Applaus aus der Bevölkerung gefreut. Aber
 10 ganz klar ist: Applaus reicht schon längst nicht mehr. Unser Gesundheitssystem kann auf Dauer den
 11 Ansprüchen einer guten Versorgung nur gerecht werden, wenn wir grundregelnde Reformen einleiten. Im
 12 Moment können wir die Auswirkungen der Pandemie auf unser Gesundheitssystem noch nicht abschließend
 13 bewerten. Klar ist schon jetzt: die Pandemie hat wie ein Brennglas die Fehler, Lücken und Fehlanreize
 14 offengelegt. Daher ist jetzt Zeit zu Handeln!

15 Die Covid-19-Pandemie stellt unser Gesundheitssystem seit Anfang des Jahres 2020 vor Herausforderungen
 16 in bisher ungekanntem Ausmaß. Die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte insbesondere beim
 17 ÖGD/Personal/Produktionsverlagerung treten nun offen zu Tage. Den Verfechtern eines privatwirtschaftlich
 18 organisierten Gesundheitssystems wurde schonungslos offengelegt, dass ein finanziell gut ausgestattetes
 19 öffentliches und selbstverwaltetes Gesundheitswesen wie das unsere den aktuellen Herausforderungen
 20 besser gewachsen ist.

21 Gesundheit und Pflege geht uns alle an. Vom Säuglings- bis zum Seniorinnenalter müssen sich alle
 22 Bürger*innen in Bayern auf eine zuverlässige und flächendeckende Gesundheits- und
 23 Pflegeversorgung in jeder Lebensphase verlassen können. Unabhängig von Wohnort und Versichertenstatus
 24 muss ein starker Sozialstaat beste Leistungen bereitstellen und zur Entlastung der Angehörigen und der
 25 Patient*innen eine wohnortnahe Versorgung im stationären und ambulanten Bereich sicherstellen.

26 Zu einer guten Gesundheitsversorgung gehören neben der haus- und fachärztlichen Versorgung der
 27 bayernweite Erhalt und die Stärkung der Grundversorgung im stationären Bereich sowie der
 28 Zugang zu Präventionsmaßnahmen, guter Pflege und Rehabilitation. Weiterhin muss die
 29 Versorgung mit Arzneimitteln, wohnortnahe Geburtshilfe und eine verlässliche
 30 Hebammenversorgung sichergestellt werden. Palliativmedizin und Angebote im Hospizwesen müssen
 31 ausgebaut werden. Infektprävention und koordiniertes Vorgehen bei sich abzeichnenden Pandemien sind
 32 strukturiert und verstärkt anzugehen. Nicht zu vergessen, die Versorgung psychisch kranker Menschen in
 33 allen Teilen Bayerns muss ausgebaut werden, sowie die Angebote für Erwachsene als auch besonders die
 34 Kinder- und Jugendpsychiatrie. Die Mitsprache der Psychiatrieerfahrenen muss ausgeweitet werden. Das
 35 Psychisch-Krankenhilfegesetz muss weiter als Kriseninterventionsgesetz ausgebaut werden, das die
 36 Versorgung im Sinne der Betroffenen bayernweit stärkt und diese nicht stigmatisiert.

37 Zur Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheits- und Pflegeversorgung sind die Arbeitsbedingungen
 38 von Ärzt*innen und Pflegepersonal zu verbessern. Die Arbeit als Hausarzt*in im ländlichen Raum muss
 39 ebenso attraktiv sein, wie die Arbeit als Facharzt*in in der Großstadt. Deshalb ist für Hausärzte*innen die

1 Hausarztzentrierte Versorgung (HZV) nach §73b SGB V weiter zu stärken. Die Arbeit des Personals darf nicht
2 durch den ständigen Mangel an Zeit und Personal geprägt sein. Wir brauchen daher eine gesetzliche
3 Personalbemessung, die ausreichend Personal sichert und deren Finanzierung deckt. Die Herauslösung des
4 Pflegebudgets aus den DRGs (Fallpauschalen) geht hier in die richtige Richtung. Weitere Schritte müssen zur
5 Verbesserung der Arbeitsbedingungen folgen. Ebenso muss die Krankenhausplanung im Allgemeinen
6 verändert werden. Wurde durch die Studie der Bertelsmann Stiftung 2019 fast jedes zweite Krankenhaus in
7 Frage gestellt, wissen wir nun: die Krankenhausplanung darf nicht mehr reine Ländersache sein. Ebenso
8 wenig, wie ein Virus an Ländergrenzen stoppt, darf die Versorgung der Bevölkerung stoppen.

9 1. Flächendeckende Gesundheits- und Pflegeversorgung in Bayern!

10 Die Kernfrage ist: welche Gesundheits- und Pflegeversorgung brauchen wir quer durch das
11 Flächenland Bayern? Aktuell erleben wir in vielen Gemeinden und Landkreisen eine
12 Unterversorgung, die auch aufgrund des Personalmangels zunehmen wird. Gleichzeitig gib es in einzelnen
13 Bereichen und Fachrichtungen auch eine Überversorgung. Für uns ist daher klar: bei Gesundheits- und
14 Pflegeversorgung darf nicht der Markt entscheiden, sondern die Bedürfnisse der Menschen. Auswüchse bei
15 MVZ (Medizinische Versorgungszentren)-Strukturen in Hand von großen Kapitalgesellschaften und
16 Investment- und Equity-Fonds sind umgehend deutlich einzudämmen bzw. zu beenden. Es gilt die
17 Wettbewerbsorientierung zurückzudrängen, ohne sämtliche Wirtschaftlichkeit aufzugeben.
18 Eine flächendeckende Gesundheits- und Pflegeversorgung muss daher den unterschiedlichen Anforderungen
19 in den Regionen gerecht werden. Durch den großen finanziellen Druck kommt es einerseits zu Über-
20 andererseits zur Unterversorgung. Das liegt auch daran, dass
21 Versorgungsbereiche wie die Geburtshilfe erst ab einer gewissen Fallzahl rentabel betrieben werden können.
22 Dies ist dem System geschuldet. Denn die Abrechnung nach den „Diagnosis Related Groups“ oder
23 Fallpauschalen führt häufig nicht zu einer kostendeckenden Abrechnung und setzt teils falsche Anreize. Dies
24 ist nicht nur wirtschaftlich ein Problem, sondern sorgt auch für mangelndes Vertrauen in das
25 Gesundheitssystem insgesamt. Insbesondere für die Kommunen ist dies zunehmend ein Problem. Die
26 Krankenhäuser schreiben rote Zahlen, auch wegen mangelnden Investitionen für die der Freistaat zuständig
27 ist. Damit stehen und standen Kommunen vor der Frage: Defizit ausgleichen oder privatisieren. Wir fordern
28 die Abschaffung dieser DRGs. Wir brauchen ein neues System der Finanzierung, das nicht auf abgerechneten
29 Leistungen, sondern auf der Finanzierung von Strukturen basiert. Denn nur so ist möglich, dass unsere
30 Kommunen weiterhin Träger unserer Krankenhäuser bleiben bzw. sie es wieder werden können.

31 Dazu braucht es den politischen Willen vor Ort und die nötigen Reformen im Freistaat und Bund.

32 Daher fordern wir konkret:

- 33 ● Gesundheit ist keine Ware! Die Gesundheits- und Pflegeversorgung gehört für uns zur Daseinsvorsorge.
34 Daher sollen Gesundheits-, Rehabilitation- und Pflegeeinrichtungen nicht Renditeerwartungen unterliegen.
35 Wo notwendig, wollen wir diese Bereiche langfristig wieder in öffentliche Hand überführen. Die bestehenden
36 Versorgungsstrukturen der Wohlfahrtsträger wollen wir weiter aufrechterhalten und ausbauen.
- 37 ● Wir brauchen mehr Personal! Wir setzen uns für eine gesetzliche Personalbemessung ein. Die
38 Ausbildungs- und Studienbedingungen müssen sich deutlich verbessern, um ausreichend Fachärzt*innen
39 und Therapeut*innen (z.B. Psychotherapeut*innen, Ergotherapeut*innen, Physiotherapeut*innen,
40 Logopäd*innen) zu gewinnen.
- 41 ● Wir stehen für die beste und flächendeckende Versorgung einer jeden. Dazu braucht es eine
42 Krankenhausplanung auch über die Landesgrenzen hinweg, die den Standards entspricht und mit den

- 1 Kommunen ebenso, wie mit den Patient*innenvertretungen abgestimmt wird. Die flächendeckende
2 Versorgung muss oberste Maxime im Landeskrankenhausplan sein. Die Planung findet unter Einbeziehung
3 von Interessenvertretungen der Gesundheits- und Therapieberufe sowie Patient*innenverbänden statt.
- 4 • Eine verzahnte Gesundheits- und Pflegeversorgung jenseits der starren Strukturen im Gesundheitswesen
5 durch ein Gesamtkonzept integrierter Gesundheitsversorgung für Bayern, d.h. eine optimale Vernetzung
6 der ambulanten, stationären und rehabilitativen
7 Patientenversorgung. Hier wollen wir ein flächendeckendes Konzept für Bayern erarbeiten und umsetzen.
8 bessere finanzielle und personelle Ausstattung der kommunalen Gesundheitsämter.
- 9 • Neujustierung der Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, massive Stärkung von Prävention und
10 • Gesundheitsförderung.
- 11 • Schaffung stabiler Strukturen zur Koordination zwischen Gesundheitsämtern über Städte und Regionen und
12 Länder hinweg.
- 13 2. Dringend notwendige Investitionen in Gesundheit und Pflege tätigen!
- 14 Gesundheit kann man sich nicht kaufen, aber in gute Versorgung investieren.
- 15 Wir wollen in unsere Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen investieren. Seit Jahrzehnten kommt der
16 Freistaat hier seinen Verpflichtungen nicht oder kaum nach. Eine Lehre aus der Pandemie ist: wir müssen und
17 wollen mehr in die Gesundheitsversorgung, Forschung und Gesundheitsmittel investieren. Das Fehlen von
18 FFP2 Masken, Desinfektionsmitteln von Schutzausrüstung im Allgemeinen zeigt, wir brauchen von diesen
19 lebenswichtigen Gütern eine europäische Produktion und Lagerung.
- 20 Die Lücke in der Finanzierung in der stationären Altenpflege ist bis dato wenig mit gesellschaftlichen Fokus
21 gewesen. Diese Lücke wird von den Bewohner*innen geschlossen. Wir haben uns durchgesetzt, dass
22 unverheiratete Angehörige bis zu einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro, nicht mehr finanziell
23 einspringen müssen. Dies war ein erster Schritt. Denn neben dem Freistaat, der ebenso wie im
24 Krankenhausbereich auch hier für Investitionen einstehen muss, brauchen wir eine solidarische
25 Pflegevollversicherung, die die pflegerischen, betreuenden und therapeutischen Leistungen abdeckt. Wir
26 wollen zudem eine Pflegegarantie durchsetzen. Diese ermöglicht, dass das dringend zusätzliche Personal in
27 den Einrichtungen solidarisch finanziert wird und nicht durch höhere Eigenanteile aufgefangen werden muss.
- 28 Flächendeckend in ganz Bayern kann dies nur gelingen, wenn wir eine bessere Ausbildung und bessere
29 Arbeitsbedingungen für alle Berufsgruppen in den Einrichtungen ermöglichen. Seit 1. Januar gibt es das neue
30 Pflegeberufegesetz, das in Bayern mit dem früheren Ausbildungsbeginn zum 1. September umgesetzt wird.
31 Nach der langen Hängepartie für die Ausbildungspläne werden wir dieses in einem ersten Schritt auswerten.
32 Weitere Verbesserungen, und tarifliche Bezahlung für weitere Aus- und Weiterbildungen z.B. therapeutische
33 Berufe müssen folgen. Denn für alle unsere Einrichtungen gilt. Wir sind ein Betrieb, es kommt auf jede an.
34 Das zeigen auch die Erfolge bei multiprofessionellen Teams.
- 35 Daher fordern wir konkret:
- 36 • Wir fordern 1 Milliarde Euro jährlich von Freistaat für die Investitionskostenzulage. Die derzeit von der
37 Staatsregierung bewilligten 640 Millionen sind zu wenig und die Finanzierungslücke, welche durch die
38 Corona-Pandemie entstanden ist, ist damit noch nicht gedeckt. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses
39 finanzielle Loch geschlossen und somit Geld der Versicherten nicht mehr zweckentfremdet wird.
- 40 • Wir wollen die Abschaffung der DRGs. Wir wollen eine Daseinsvorsorge, damit eine Finanzierung der
41 Struktur. Damit kehren wir ab von der Abrechnung von Leistungen.

- 1 • Auch Gesundheit wird digital, auf ganz unterschiedlichen Wegen. Der Bund stellt hierfür 3 Milliarden Euro
2 Steuermittel zur Verfügung. Die Gelder fließen aber nur, wenn das Land mitfinanziert. Wir wollen, dass der
3 Freistaat die Bundesmittel nutzt und Co finanziert. Wir brauchen Forschung und Verzahnung bei der
4 Telemedizin. Wir haben bereits jetzt Projekte in Bayern, die ausgewertet werden müssen. Das Spektrum
5 geht von Telemedizin, SmartHomes, digitaler Akte bis hin zum E-Learning für das Personal. All diese
6 Entwicklungen müssen auch auf ihre Sicherheit geprüft und entwickelt werden.
- 7 • Eine bedarfsgerechte, gesetzliche Personalbemessung durch verbindliche Personalschlüssel im Rahmen
8 einer integrierten Gesundheits- und Pflegeversorgung.
- 9 • Gezielteren Einsatz der Mittel aus dem Krankenhaus-Strukturfonds im ländlichen Raum.
- 10 • Eine Anpassung der Leistungen der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, um eine
11 kostendeckende Finanzierung der Leistungen sicherzustellen. Wir wollen die Pflegegarantie.
- 12 • (Teil-)Umstellung der Krankenhausfinanzierung in Richtung Vorhaltekosten für die Krankenversorgung der
13 Bevölkerung.
- 14 • Bund und Land haben für Krankenhäuser, Altenpflege, Rehaeinrichtungen, Einrichtungen der
15 Behindertenhilfe und viele mehr einen Rettungsschirm gespannt. Dies war richtig und wichtig. Wir lehnen
16 es jedoch ab, wenn parallel insbesondere von Aktienunternehmen Dividenden ausgeschüttet werden.
17 Nicht nur in diesen Krisenzeiten ist dies bedenklich. In all den Bereichen des Gesundheitssystems verfolgen
18 wir mit Sorge, dass Hedgefonds, Private Equities etc. einsteigen, um Gewinne zu machen.
- 19 3. Gerechte Finanzierung des Gesundheitssystems!
- 20 In der Corona-Krise hat sich einmal mehr gezeigt, dass es die soziale gesetzliche
21 Krankenversicherung ist, die unser Gesundheitswesen stützt und nicht die private
22 Krankenversicherung. Die weitreichenden Maßnahmen der Bundesregierung, wie z.B. die
23 Erhöhung der Intensivkapazitäten und die Ausgleichszahlungen an Krankenhäuser und
24 Rehaeinrichtungen wegen entgangener Behandlungen werden maßgeblich von der GKV und dem
25 Gesundheitsfond finanziert. Es sind die gesetzlichen Krankenversicherungen die Kosten für Tests oder auch
26 die Auszahlung von einmaligen Prämien in der Altenpflege übernommen haben. Es wurde ganz klar, dass das
27 durch Beiträge der gesetzlichen Versicherten finanzierten
28 Gesundheitswesen in großem Umfang Aufgaben der Pandemiebekämpfung finanziert und damit
29 gesamtgesellschaftliche Verantwortung übernommen hat.
- 30 Unser Gesundheitssystem wird von vielen als ungerecht empfunden, da durch die parallele Existenz von der
31 gesetzlichen und privaten Krankenversicherung eine "Zweiklassenmedizin" geschaffen wurde. Während
32 gesetzliche Versicherte häufig lange auf Behandlungen und Operationen warten müssen, werden privat
33 Versicherte bevorzugt behandelt. Gleichzeitig stößt die private Krankenversicherung mit ihrem
34 kapitalgedeckten Finanzierungssystem an ihre Grenzen. Aufgrund der schlechten Verzinsung am
35 Kapitalmarkt können Beitragserhöhungen im Alter nicht mehr aufgehalten werden, weshalb sich viele die
36 private Krankenversicherung nicht mehr leisten können. Gerade Selbständige müssen im Alter in den
37 Basistarif der privaten Krankenversicherung wechseln, da sie sich mehr als die Grundversorgung nicht mehr
38 leisten können. Die private Krankenversicherung wird als "zweite Säule" der Krankenversicherung in
39 Deutschland dadurch immer mehr an Bedeutung verlieren. Nur eine solidarische
40 Krankenversicherung, in die alle einzahlen und so die Kosten auf starke und schwache Schultern verteilt
41 werden, kann eine gerechte Finanzierung des Gesundheitssystems gewährleisten.
- 42 Daher fordern wir Konkret:

1 • Einführung des Hamburger Modells als ersten Schritt zur Erleichterung für Landesbeamte, in die Gesetzliche
2 Krankenversicherung zu wechseln.

3 Die stufenweise Einführung einer solidarischen Krankenversicherung, in die alle, unabhängig von ihrem
4 Status (Beamte, Selbständige) einzahlen. Eine sogenannte Bürger*innenversicherung.

5 • Die Einbeziehung aller Einkunftsarten, in die Beitragsbemessung.

6 • Die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zu einer solidarischen Pflegevollversicherung.

7 4. Menschenwürdige Bedingungen und beste Qualität für die Patient*innen!

8 Alle Umfragen zeigen, dass den Menschen eine gute und würdige Pflege wichtig ist. Dies setzt voraus, dass
9 die Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen vor allem personell besser ausgestattet werden. Gute Pflege
10 bedeutet eben nicht nur "satt und sauber". Gerade Patient*innen, die aufgrund von Krankheit oder Alter
11 immobil sind wünschen sich mehr Zuwendung seitens der
12 Ärzt*innen und Pfleger*innen. Dieser Wunsch besteht auch seitens des Personals. Sei es die/der
13 Ärzt*in, die sich für die Erläuterung von Diagnose und Therapie gerne mehr Zeit für die Patient*innen
14 nehmen würde. Oder der/die Pfleger*in, der gerne mehr Zeit für ein Gespräch mit älteren Patient*innen
15 hätte, die selten oder nie Besuch bekommen. Oder die Betreuer*innen, die sich intensiv mit jeder/jedem
16 Einzelnen zum Beispiel bei Aktivierungen kümmern wollen.

17 Daher fordern wir konkret:

18 • Die Einführung einer gesetzlichen Personalbemessung in Bayern für alle stationären
19 Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen. Wir wissen, dass die Personalbemessung nur ein Erfolg werden
20 kann, wenn sie entsprechend über die Aufwandsträger*innen kontrolliert wird. Wir wollen zudem eine
21 gesellschaftliche und parlamentarische Begleitung, bei dieser Kontrolle.

22 • Bestens ausgebildetes Pflegepersonal. Das geht nur durch hohe Ausbildungsstandards, gute
23 Arbeitsbedingungen und eine deutlich bessere Entlohnung. Mit der einheitlichen Ausbildung in der
24 Kranken- und Altenpflege wurde der erste Schritt zur Erhöhung des Ausbildungsstandards getan. Wir
25 wollen noch einen Schritt weitergehen und sicherstellen, dass jede Ausbildung im Gesundheits- und
26 Pflegebereich refinanziert wird.

27 5. Gute Arbeitsbedingungen und bessere Löhne für das Personal!

28 Die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich sollten so gestaltet sein,
29 dass die Arbeit in diesem Bereich erfüllend ist und eine langjährige Beschäftigung ohne Erkrankung möglich
30 ist. Sieht man sich den Status quo an, gehören körperliche und psychische Überlastung durch eine zu starke
31 Arbeitsbelastung zum Alltag. Das wollen wir ändern und die Arbeitsbelastungen für das Personal deutlich
32 reduzieren und durch eine deutlich bessere Bezahlung diese wichtige Aufgabe angemessen vergüten.

33 Daher fordern wir konkret:

34 • Eine Verbesserung der Mitbestimmungsrechte im betrieblichen Gesundheitsschutz für Betriebsräte,
35 Personalräte und Mitarbeiter*innenvertretungen.

36 • Flächendeckende Tarifverträge für das Pflegepersonal zur Sicherstellung einer gerechten Bezahlung. Ein
37 einheitlicher Tarifvertrag für die Altenpflege wird gerade entwickelt. Wir wollen sicherstellen, dass eine
38 Allgemeinverbindlichkeit auch im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung erfolgt.

39 • Eine Senkung der Arbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche. Der Zusammenhang zwischen Arbeitszeit des
40 Personals und Behandlungserfolg wurde durch Covid-19 eindrucksvoll demonstriert.

- 1 • Bevorratung von Schutzkleidung für alle stationären Gesundheitseinrichtungen und ambulante
2 Pflegedienste.
- 3 • Bezahlbaren Wohnraum für Pflegepersonal z.B. in Form von Betriebswohnungen bei größeren Kliniken.
- 4 • Fort- und Weiterbildung muss kostenfrei sein und Arbeitnehmer*innen muss eine Freistellung ermöglicht
5 werden, sofern die Maßnahme im Rahmen von gesetzlichen Bestimmungen oder von Arbeitgeber*innen
6 verlangt werden. Die Freistellung für Fort- und Weiterbildungen darf nicht in den Bildungsurlaub
7 eingerechnet werden.
- 8 6. Mehr Unterstützung für die Angehörigen!
- 9 Die überwiegende Mehrzahl der Menschen möchte im Alter so lange wie möglich in ihrer eigenen Wohnung
10 bleiben. Dieser Wunsch muss durch eine gesicherte ambulante Versorgung erfüllt werden.
- 11 Gesellschaftspolitisch ist dies aus sozialen, aber auch wirtschaftlichen Gesichtspunkten sinnvoll. Neben dem
12 Ausbau der professionellen ambulanten Pflege müssen die Angehörigen, welche einen Großteil der
13 Pflegeaufgaben übernehmen, bestmöglich unterstützt werden. Niemand soll mehr Angst vor dem sozialen
14 Abstieg haben, weil er sich um seine alten und gebrechlichen Eltern oder Schwiegereltern gekümmert hat
15 Besonders berücksichtigen werden wir hierbei den Umstand, dass Familien- und damit Pflegearbeit
16 überwiegend immer noch von Frauen geleistet wird.
- 17 Mit der Schaffung der Einkommensgrenze beim Elternunterhalt haben wir die Angehörigen bereits finanziell
18 entlastet. Bei einem Jahreseinkommen von weniger als 100.000 € können die Kinder nicht zur Finanzierung
19 der Pflege herangezogen werden. Dennoch benötigen pflegende Angehörige weitere
20 Unterstützungsleistungen.
- 21 Daher fordern wir konkret:
- 22 • Aufbau eines Pflegendengeldes ähnlich dem Elterngeld.
- 23 • Einen Pflegestützpunkt in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Kommune in ganz Bayern, um die
24 Angehörigen wohnortnah unterstützen zu können.
- 25 • Ausbau der Pflegplätze in der Kurzzeit und Tagespflege. Pflegende Angehörige brauchen
26 Freiräume für sich, um sich erholen zu können. Während dieser Zeit müssen die zu pflegenden
27 Angehörigen gut versorgt werden. Dies ist nur mit einem flächendeckenden Ausbau des Angebotes an
28 Kurzzeit- und Tagespflege möglich.
- 29 • Zur Pflege gehören auch haushaltsnahe Dienstleistungen. Wir wollen die soziale
30 Pflegeversicherung daher weiterentwickeln, damit auch diese Leistungen von der
31 Pflegeversicherung besser erfasst werden. Im Koalitionsvertrag haben wir das
32 Entlastungsbudget vereinbart. Dies muss jetzt umgesetzt werden Mit dem Entlastungsbetrag wurde hier
33 der erste Schritt gemacht. Dies wollen wir weiter ausbauen.

1 Antrag 02: Soziale Verkehrswende: Klimafreundliche Mobilität – 2 bezahlbar und für alle!

Antragsteller/in:	BayernSPD Landesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	V - Verkehr und Infrastruktur

3 In einer modernen Gesellschaft ist Mobilität unverzichtbar. Sich frei bewegen zu können, ist maßgeblich für
4 Freiheit und Selbstbestimmung von Menschen. Mobilität muss daher ein Grundrecht für alle sein.

5 Mobilität und Verkehr führen aber auch zu Klimaerhitzung und Umweltschäden. Genau wie die Frage nach
6 der Teilhabe am Verkehr wurden diese negativen Auswirkungen in einer Gesellschaft, die seit den 1960er
7 Jahren Mobilität weitgehend mit Autofahren gleichgesetzt hat, weitgehend ignoriert.

8 Aufgrund der dramatischen Auswirkungen der Klimaüberhitzung muss sich dies nun ändern. Aber auch
9 Digitalisierung und Automatisierung werden die Art und Weise, wie wir uns fortbewegen, dramatisch
10 verändern. Deshalb will die BayernSPD eine soziale und fortschrittliche Verkehrswende, die eine
11 klimafreundliche und bezahlbare Mobilität für alle ermöglicht, unabhängig vom Geldbeutel und
12 selbstverständlich auch für Menschen mit Handicap.

13 Wir sehen es als unsere Kernaufgabe an, gerade beim Thema Verkehr, Klimaschutz mit sozialer
14 Gerechtigkeit und dem Erhalt von qualifizierten, gut bezahlten Arbeitsplätzen in der Mobilitätsbranche zu
15 verbinden. Das ist aufgrund der durch Corona verursachten schweren Wirtschaftskrisen umso wichtiger.

16 Für den Klimaschutz, aber auch mit Blick auf den enormen Flächenverbrauch des motorisierten
17 Individualverkehrs wollen wir möglichst viel Verkehr in den Umweltverbund, also in den öffentlichen
18 Verkehr, das Radfahren und Zufußgehen lenken.

19 Der technologische Fortschritt wird gerade auch in der klimaneutralen Mobilität viele neue Möglichkeiten
20 eröffnen. Wir wollen, dass die bayerische Wirtschaft diese Chancen ergreift und so ihre Spitzenposition im
21 internationalen Wettbewerb zurückerobert. Wir wollen, dass Beschäftigte und Gesellschaft von dieser
22 Erfolgsgeschichte profitieren: Eine nachhaltige Verkehrswende dient Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft.

23 Klimafreundliche und soziale Mobilität für alle.

24 Die Situation heute: Weder klimafreundlich noch sozial

25 Im Moment ist der Verkehr in Bayern weder klimafreundlich noch sozial oder inklusiv. Obwohl die Autos
26 sauberer geworden sind, sind sie auch immer mehr und zugleich oft größer geworden. Auch der Güter- und
27 der Flugverkehr in Bayern haben massiv zugenommen. Die bisherige Politik in Bayern hat diese Entwicklung
28 einfach hingenommen und sogar teilweise unterstützt. Deswegen ist der Ausstoß an Treibhausgasen aus dem
29 Bereich Verkehr in Bayern immer weiter gestiegen. Der Verkehr ist heute der größte Klimaerhitzer in Bayern.
30 Außerdem ist der wachsende Auto- und LKW-Verkehr für immer mehr Staus, Lärm und Abgase
31 verantwortlich.

32 Wohin wir wollen: Mobilitätswende jetzt!

33 Das muss sich ändern! Wir werden aus einem umweltschädlichen und wenig sozialen Verkehr in Bayern
34 klimafreundliche, bezahlbare Mobilität für alle machen.

35 Diese Mobilitätswende bedeutet für uns im Detail:

- 36 • Wir werden den öffentlichen Verkehr, also Bus und Bahn, massiv ausbauen - in Stadt und Land. Für alle
37 bezahlbar.

- 1 • Wir fördern emissionsfreie Mobilität, auch für den notwendigen Individualverkehr. Wir setzen dabei auf E-
2 Mobilität und klimaneutrale Treibstoffe wie mit erneuerbaren Energien gewonnenen Wasserstoff. Und wir
3 unterstützen die Arbeitnehmer*innen in der Automobilindustrie bei den anstehenden Veränderungen.
- 4 • Wir wollen Inlandsflüge und große Teile des Güterverkehrs auf die Schiene verlagern. Dafür investieren wir
5 massiv in die Bahn und werden auch den verbleibenden Güter- und Flugverkehr klimaneutral machen.
- 6 • Wir setzen auf das Fahrrad als das umweltfreundlichste Verkehrsmittel. Deswegen werden wir die
7 Fahrradwege stark ausbauen, bequem und sicher machen. Und zwar für Jung und Alt, auf dem Land wie in
8 der Stadt.
- 9 • Wir wollen Sharing-Angebote, vor allem das Car-Sharing und den Fahrradverleih überall stark ausbauen.
10 Denn Teilen und Leihen schont die natürlichen Ressourcen und damit die Umwelt.
- 11 • Wir wollen, dass klimaneutrale Mobilität sich lohnt. Deswegen werden wir diejenigen besonders
12 unterstützen, die ganz aufs Auto verzichten.
- 13 • Wir wollen so schnell wie möglich erreichen, dass es in Bayern keine Verkehrstoten und möglichst wenig
14 Unfälle gibt („Vision Zero“). Wir setzen auf ein generelles Tempolimit von 130 Stundenkilometern auf
15 Autobahnen und 80 Stundenkilometern auf Landstraßen. Unser Ziel ist es außerdem, vor allem
16 schwächere Verkehrsteilnehmer*innen zu schützen.
- 17 • Wir werden die Verkehrs- und Mobilitäts-Planung in Bayern verbessern. Wir machen aus der Bayerischen
18 Eisenbahngesellschaft eine Bayerische Mobilitätsgesellschaft, die für alle überregionalen Bahn- und
19 Busverbindungen zuständig ist. Und wir unterstützen Landkreise und Städte viel stärker als bisher.

20 Öffentlicher Verkehr für alle! Eine Mobilitätsgarantie für ganz Bayern

21 Wir wollen, dass jeder Ort mindestens einmal pro Stunde mit Bahn oder Bus angeschlossen ist. Ob Bahn, Bus
22 oder Ruftaxi richtet sich nach Größe und Bedarf. Aus jeder Gemeinde muss es mindestens alle zwei Stunden
23 eine Verbindung zu einem Regionalbahnhof geben. Diese
24 Mobilitätsgarantie sorgt auch für soziale Teilhabe und Inklusion: Denn so erhalten auch Menschen Zugang zu
25 Mobilität, die individuelle Mobilität nicht nutzen können – z.B. aufgrund des Alters oder von körperlichen
26 Einschränkungen.

27 Bahn-Ausbau: Wir werden den regionalen Zugverkehr sowie Stadtumland- und S-Bahnen in Bayern stark
28 ausbauen, schnell möglichst viele stillgelegte Bahnstrecken wieder in Betrieb nehmen („reaktivieren“) und
29 auf entsprechend stark genutzten Verbindungen selbstverständlich auch neue Strecken bauen. Für sie gibt es
30 auch zusätzliche Fördermittel des Bundes. Teil der Konjunkturpolitik in der Wirtschaftskrise muss jetzt auch
31 die schnelle Erhöhung der Ausgaben
32 und Bestellung für öffentliche Regionalverkehrsleistungen sein, insbesondere des
33 Schienenpersonennahverkehrs (SPNV).

34 Denn der Bahnverkehr ist das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs in einem großen Flächenland wie Bayern.
35 Wir wollen das bayerische Eisenbahnnetz so schnell wie möglich elektrifizieren. Wo das nicht möglich bzw. zu
36 teuer ist oder zu lange dauert, setzen wir auf emissionsfreie Antriebe wie Brennstoffzellen- oder
37 Batteriezüge.

38 Bus-Ausbau: Wir werden den Landkreisen und Städten erheblich mehr Geld für den Ausbau von Tram und
39 Bus, aber auch für den laufenden Betrieb, zur Verfügung stellen als bisher. Wo es sinnvoller ist, setzen wir auf
40 Bürgerbusse und Sammeltaxis. Dort wo keine Bahn ist und auch keine gebaut werden kann, werden wir in

1 ganz Bayern über die Stadt- und Landkreis-Grenzen gehende regionale Expressbus-Verbindungen einrichten.
2 Wir werden außerdem dafür sorgen, dass alle Busse im öffentlichen Verkehr in Bayern so schnell wie möglich
3 auf klimafreundliche Antriebe umgerüstet werden.

4 Vor allem auf dem Land ist der öffentliche Verkehr oft schlecht, teuer und häufig nicht barrierefrei. Dadurch
5 werden viele Menschen von guter und bezahlbarer Mobilität ausgeschlossen. Am härtesten treffen diese
6 Mängel diejenigen, die nicht Auto fahren können oder wollen: junge Menschen, Ältere, sozial Benachteiligte
7 und Menschen mit Handicap. Das werden wir ändern.

8 Wir wollen allen Menschen in Bayern Mobilität ermöglichen. Hierfür wollen wir den öffentlichen
9 Verkehr stark ausbauen und langfristig kostenfrei machen. Für junge Menschen, Ältere und sozial
10 Benachteiligte wollen wir die Kostenfreiheit bereits jetzt. Wir werden möglichst schnell die Fahrpreise für alle
11 senken, damit der öffentliche Verkehr eine noch attraktivere Alternative zum Auto ist.

12 Komfort für alle und Pünktlichkeit: Barrierefreiheit im gesamten öffentlichen Verkehr ist für uns ein Muss,
13 dass wir so schnell wie möglich erreichen wollen. Wir setzen uns dafür ein, dass Bahnhöfe, Verkehrswege
14 und öffentliche Verkehrsmittel inklusiv gebaut und umgebaut werden, damit auch Menschen mit Handicap
15 überall am öffentlichen Verkehr teilnehmen können.

16 Wir werden auch die Fahrradmitnahme in allen Bahnen und Bussen möglich machen. Ein guter öffentlicher
17 Verkehr muss zudem pünktlich sein. Er muss daher immer, wenn es zu Engpässen kommt, gegenüber dem
18 individuellen Verkehr bevorzugt werden.

19 Bezahlbare und einfache Tickets: Wir werden so schnell wie möglich einen einheitlichen und für alle
20 bezahlbaren Tarif für ganz Bayern einführen, der für Bahn und Bus gilt. Bezahlt wird nur nach gefahrener
21 Strecke. Schon heute gibt es technische Lösungen, die den umständlichen und teils unverständlichen
22 Tarifschunzel lichten oder sogar ersetzen. Diese Lösungen wollen wir flächendeckend für alle ÖPNV-
23 Angebote einsetzen. Wir wollen außerdem die Mehrwertsteuer auf alle öffentlichen Verkehrsleistungen
24 vollständig abschaffen.

25 Für den öffentlichen Nahverkehr gilt: Unser Ziel ist der kostenfreie Nahverkehr für alle! Als erste Schritte
26 machen wir den Nahverkehr für junge Menschen, Ältere und soziale Bedürftige kostenlos und führen
27 bayernweit das 365-Euro-Ticket ein.

28 Fahrgäste haben Rechte: Wir wollen, dass Fahrgäste immer gut informiert werden. Wenn Verspätungen und
29 Ausfälle durch eine gute Infrastruktur, gute Planung und Service nicht verhindert werden können, muss es für
30 sie eine angemessene Entschädigung geben.

31 Saubere Autos

32 Es wird auch in Zukunft motorisierten Individualverkehr geben müssen, z.B. für Strecken und Fahrzeiten mit
33 zu geringer Nachfrage für öffentlichen Verkehr oder für Menschen, die mit Mobilitätseinschränkungen
34 öffentlichen und nicht motorisierten Verkehr nicht nutzen können.

35 Aber auch dieser verbleibende Individualverkehr muss klimaneutral werden. Deswegen setzen wir bei den
36 Motoren auf E-Mobilität. Die Förderung für Hybride wollen wir beenden, weil sie nur sehr eingeschränkt
37 klimafreundlich sind. Aus Gründen der Technologieoffenheit fördern wir aber auch klimaneutrale Kraftstoffe,
38 zu denen auch Lösungen gehören, die auf grünem Wasserstoff basieren. Der Treibstoff muss dabei zu 100
39 Prozent aus erneuerbarer Energie stammen! Wir investieren deshalb massiv in Forschung und Entwicklung
40 für solche modernen Antriebssysteme.

1 Wir werden dafür sorgen, dass es überall E-Ladestationen und Tankstellen für Strom und klimaneutrales Gas
2 gibt. Dafür muss es in Europa klare und verbindliche Vorgaben geben. Wir werden prüfen, ob E-
3 Ladestationen ein Pflichtangebot für die Verteilnetzbetreiber sein sollen. Wir wollen eine deutliche Erhöhung
4 der Förderung für E-Ladeinfrastruktur (Übernahme von mindestens 50 Prozent der Kosten für Planung,
5 Montage und Installation einer Ladeinfrastruktur sowie bis zu 10.000 Euro für einen Schnellladepunkt) in
6 ganz Bayern.

7 Insbesondere für die Elektromobilität wollen wir ein Lieferkettengesetz, das den Autokonzernen klare
8 Vorgaben für soziale und umweltfreundliche Rohstoffgewinnung und Herstellung macht und den CO2-
9 Fußabdruck berücksichtigt. Wir wollen CO2-Grenzwerte auf europäischer Ebene, die klimapolitisch sinnvoll
10 sind und kein Schönrechnen erlauben.

11 Wir werden außerdem emissionsfreie autonome und vernetzte Fahrzeuge fördern, weil wir in ihnen eine
12 Chance für den Verkehr der Zukunft sehen.

13 Flüge und Güter auf die Schiene

14 Fliegen ist besonders klimaschädlich. Deshalb wollen wir alle Inlandsflüge in Bayern und Deutschland so
15 schnell wie möglich auf die Schiene verlagern. Wir setzen uns auch dafür ein, dass möglichst viele Flüge
16 innerhalb Europas durch Hochgeschwindigkeits-Züge ersetzt werden. Dafür müssen das
17 Hochgeschwindigkeits-Streckennetz weiter ausgebaut und Nacht- sowie Autozugverbindungen wieder
18 eingeführt werden. Eine dritte Startbahn am Münchner Flughafen lehnen wir nach wie vor klar ab.

19 Fliegen verbindet aber auch Menschen auf der ganzen Welt und ist eine große Errungenschaft. Langfristig ist
20 klimaneutrales Fliegen möglich. Dafür brauchen wir fortschrittliche Biokraftstoffe und auf erneuerbaren
21 Energien basierende synthetische Kraftstoffe.

22 Aber auch der Güterverkehr auf der Straße ist durch Veränderungen in der Industrie und das
23 Wachstum von Amazon und Co. stark gewachsen. Er verursacht immer mehr Treibhausgase, Abgase und
24 Lärm. Deswegen wollen wir auch den Gütertransport auf die Schiene verlagern und die einzelnen
25 Verkehrsträger wie Bahn und LKW intelligent vernetzen. Wir wollen die Preise für den Gütertransport
26 politisch zum Beispiel durch die LKW-Maut so setzen, dass insbesondere bei langen Strecken der Transport
27 auf der Schiene deutlich günstiger ist. Gleichzeitig muss die Schiene viel stärker für den deutschen und
28 europaweiten Güterverkehr ertüchtigt und ausgebaut werden. Dabei wollen wir den bestmöglichen
29 Lärmschutz für die Anwohner*innen. Wir setzen uns dafür ein, dass die verschiedenen staatlichen
30 Eisenbahnunternehmen auf europäischer Ebene stärker zusammenarbeiten.

31 Es wird aber auch in Zukunft ein Teil der Güter auf der Straße transportiert werden. Deshalb müssen auch
32 LKWs mittelfristig mit klimaneutralen Antrieben ausgestattet sein. Dafür wollen wir sowohl batterie- wie
33 auch brennstoffzellenbetriebene Fahrzeuge auf die Straße bekommen.

34 Wir wollen, dass Städte und Gemeinde die rechtliche Möglichkeit bekommen, nur noch umweltfreundliche
35 und emissionsfreie Lieferdienste zuzulassen – vom E-Transporter bis zum Lastenfahrrad.

36 In Städten setzen wir uns für Umschlagzentren, sogenannte „Güter-Hubs“ ein, wo die Waren schonend für
37 Umwelt und Anwohner*innen angeliefert werden können. Von dort können die Güter dann innerhalb der
38 Städte umweltfreundlich emissionsfrei z.B. per Lastenrad weiter verteilt werden. Das reduziert den
39 Lieferverkehr innerhalb der Städte.

1 Wir werden auch prüfen, ob in Städten die Anlieferung auf der letzten Meile nicht durch einen öffentlichen
2 Lieferdienst - statt vieler privater Zusteller - übernommen werden kann, um Ressourcen zu sparen und die
3 Umwelt zu schützen.

4 **Das Rad hat Zukunft**

5 Wir werden in ganz Bayern, in Stadt und Land, den Radverkehr massiv fördern. Das Wichtigste dabei ist der
6 schnelle Ausbau von intelligent geplanten, bequemen und sicheren Fahrradstraßen und -wegen. Wir setzen
7 auch auf zügigen und flächendeckenden Ausbau von Radschnellwegen. Das Fahrrad darf nicht mehr
8 gegenüber dem Auto benachteiligt werden.

9 Wir wollen, dass gerade innerhalb von Städten bzw. Stadtvierteln in Großstädten, aber auch dichter
10 besiedelten Gemeinden, möglichst viele Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt werden.
11 Besonders wichtig ist es uns dabei, klimafreundliche Alternativen zu Besorgungs- und
12 Lieferfahrten mit dem Auto zu unterstützen. Deswegen wollen wir die Anschaffung von Lastenrädern und -
13 unter bestimmten Bedingungen wie dem Verzicht auf ein eigenes Auto auch die von Fahrrädern - aller Art
14 fördern. Dafür ist eine Ergänzung des Bundes-Förderprogramms für gewerblich genutzte E-Lasten-Bikes
15 durch ein eigenes bayerisches Förderprogramm für private E-Lastenbikes und normale Lastenräder
16 notwendig. Die Fördersummen sollten dabei mindestens 25 Prozent der Nettokosten abdecken.

17 Wir werden außerdem gute, sichere und vor allem ausreichende Abstellmöglichkeiten für Räder schaffen.
18 Wir werden durch ein bayerisches Radverkehrsgesetz die Situation für den Radverkehr massiv verbessern.
19 Wir schaffen die rechtlichen Voraussetzungen für Gemeindegrenzenüberschreitende Radwege, verbessern
20 die Anforderungen an Radstellplätze und weiterer Radverkehrs-Infrastruktur bei Gebäuden in der
21 bayerischen Bauordnung, und verbessern die Möglichkeiten der Umwidmung von Straßenraum in
22 Radverkehrsflächen. Wir setzen uns auch dafür ein, flächendeckend mit dem öffentlichen Verkehr verknüpfte
23 Leihsysteme für Fahrräder und Lastenfahrräder zu schaffen.

24 **Zufußgehen fördern**

25 Wir machen das Zufußgehen vor allem für kurze Strecken attraktiv: durch klare Vorgaben für die
26 Gestaltung von Gehwegen wie Barrierefreiheit und Mindestbreiten, die Trennung von anderen
27 Verkehrsarten, insbesondere Radverkehr und E-Roller, sichere Querungsmöglichkeiten und eindeutige
28 Beschilderungen von Fußverbindungen.

29 **Sharing: Vorfahrt fürs Teilen und Leihen**

30 Wir werden in Städten und Gemeinden das Leihen und Teilen von Autos und Rädern aller Art stark ausbauen.
31 Unser Ziel ist, dass niemand mehr ein eigenes Auto braucht. Deswegen werden wir das Car Sharing an festen
32 Stationen massiv fördern, weil es am umweltfreundlichsten ist, und die Umstellung der Fahrzeuge auf
33 emissionsfreie Motoren voranbringen. Wir setzen dabei auch auf finanzielle Vorteile beim Sharing für
34 Bürger*innen und Gewerbetreibende, die auf ein Auto verzichten. Autonomes und vernetztes Fahren kann
35 Sharing-Angebote noch attraktiver machen.

36 **Moderne Verkehrs- und Stadtplanung**

37 Wir wollen für ein Bayern eine neue Verkehrsplanung, die über den Tellerrand hinausdenkt.
38 Deswegen werden wir aus der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) eine Bayerische
39 Mobilitätsgesellschaft machen, die im ganzen Freistaat wichtige regionale Verkehrsverbindungen

1 planen und bestellen soll. Dazu zählen auch Expressbuslinien, die über Stadt- und Landkreisgrenzen hinweg
2 dort Verbindungen schaffen, wo keine Bahn fährt.

3 Wir werden die Landesentwicklungsplanung dahingehend verändern, dass künftig Verkehr möglichst
4 vermieden wird. Wir wollen die „Gemeinde der kurzen Wege“, in der es in der Ortsmitte wieder Einkaufs-
5 und Versorgungsmöglichkeiten gibt und in der die oft zu strikte Trennung zwischen Wohn- und
6 Gewerbegebieten aufgehoben wird). Unser Prinzip ist: Innenentwicklung vor Außenentwicklung von
7 Gemeinden und Entwicklung entlang der öffentlichen Verkehrsachsen. Wir werden die Planungen für den
8 öffentlichen Verkehr verbessern und schneller, aber auch effizienter machen.

9 Wir werden Haushaltsmittel vom Staatsstraßenbau in den Öffentlichen Verkehr umlenken. Gleichzeitig geben
10 wir der Sanierung und dem Ausbau von Bundes- und Staatstraßen den Vorrang vor Neubau. Wir werden
11 überprüfen, welche neu geplanten Straßen unter ökologischen und strukturellen Aspekten auch tatsächlich
12 erforderlich sind. Das gilt auch für Straßenbauvorhaben, die bereit seit längerer Zeit in Planung sind. Wir
13 wollen ein festes Budget für begleitende Radwege an allen Staatsstraßen und eine Übernahme der gesamten
14 Unterhaltskosten durch den Freistaat, um bayernweit einen hohen Standard unabhängig von der Finanzkraft
15 der Kommunen sicherzustellen.

16 Vision Zero: Schluss mit Unfällen und Verkehrstoten!

17 Unser Ziel ist die Vision Zero: also Mobilität ohne Verkehrstote und mit möglichst wenig Unfällen.
18 Dafür setzen wir auf ein generelles Tempolimit von 130 Stundenkilometern auf Autobahnen und
19 Geschwindigkeitsbeschränkungen an gefährlichen Strecken. Wir wollen Tempo 30 als
20 Regelgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften. Auf Hauptverkehrsstraßen können die Kommunen
21 höhere Geschwindigkeiten zulassen. Städte und Gemeinden sollen die Kompetenz haben, dass sie über
22 Tempogebote auf ihrem Gebiet entscheiden. Das darf aber nicht dazu führen, dass Tempo 30 vor
23 Kindergärten, Schulen, Altenheimen und anderen sozialen Einrichtungen wieder aufgehoben wird. Wir
24 wollen vor allem auch den Radverkehr sicherer machen und Abbiegeassistenten für LKWs und Busse
25 möglichst schnell verpflichtend einführen.

26 Technik, die dem Menschen dient:

27 Bayern ist ein Land mit Werten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass neue Technologien auf ihre Folgen für
28 Ökologie, Soziales und Gesundheit geprüft werden müssen bevor sie zugelassen werden.

29 Für das autonome Fahren wollen wir europäische Standards setzen, damit Klimaschutz, Arbeitnehmerschutz
30 und Verkehrssicherheit beachtet werden.

31 Transformation für die Menschen, nicht gegen sie.

32 Die Situation heute: Unsicherheit und zu wenig Schutz bei Veränderungen

33 Digitalisierung, neue Arbeitsformen, neue Technologien, Antriebe und Materialien verändern die
34 Arbeitswelt in der Verkehrsbranche. Viele Arbeitnehmer*innen fühlen sich angesichts der
35 Veränderungen allein gelassen. Dabei hat die schon im Gang befindliche Transformation das Potential mehr
36 Wohlstand und mehr Umweltschutz zu ermöglichen. Die Gewerkschaften gestalten die Transformation und
37 erkennen auch neue Chancen an. Sie brauchen aber die Unterstützung aus der Politik, um die Veränderungen
38 für die Arbeitnehmer*innen zu nutzen und um zu verhindern, dass die Entwicklungen über ihre Köpfe hinweg
39 entschieden werden.

1 Wohin wir wollen: keine*r gerät wegen der Veränderungen in der Arbeitswelt unter die
2 Räder!

3 Wir geben den Arbeitnehmer*innen das Ruder in die Hand! Wir wollen, dass die Veränderungen und
4 Transformationen vor allem in der Automobilindustrie so gesteuert werden, dass sie sozial gerecht ablaufen.
5 Es geht um die Zukunft ganzer Regionen, die wir alle einzeln UND als Ganzes betrachten müssen.

6 • Wir wollen zukunftssichere, unbefristete Arbeitsplätze mit hoch innovativen, sauberen Produkten und
7 Betriebe mit starken Betriebsrät*innen und Tarifbindung.

8 • Wir wollen eine Verkehrswende, bei der neu geschaffene Arbeitsplätze unserer Vorstellung von „guter
9 Arbeit“ entsprechen. Dabei gelten für uns die Kriterien des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB):
10 tarifgebunden, mit Mitbestimmung und unbefristet.

11 • Wir werden die Beschäftigten in der Branche im Wandel begleiten, Strukturbrüche präventiv verhindern
12 und im Notfall Probleme mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik sozialpolitischen Instrumenten auffangen.

13 Zukunft für die Verkehrsbranche durch Industriepolitik.

14 Wir werden Innovationen unterstützen: wir brauchen eine zukunftsorientierte, kluge
15 Industriepolitik, in der der Mensch im Mittelpunkt steht. Wir wollen ein durchdachtes Konzept für die
16 Branche. Wir brauchen Verlässlichkeit durch klare Regelungen und Förderungen. Förderungen soll es für
17 Forschung und Entwicklung geben, aber unbedingt auch zur Ansiedlung von Schlüsseltechnologien wie zum
18 Beispiel für die Batteriezellen-Industrie: Bau, Second Use, Rohstoffentsorgung und Recycling müssen dabei
19 berücksichtigt werden.

20 Wir wollen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und Abfederung der Transformation ein bayerisches
21 Klimainvestitionsprogramm für die Umstellung der Fahrzeugflotten aller Behörden und staatlichen
22 Einrichtungen auf emissionsfreie Fahrzeuge, das das entsprechende
23 Bundesprogramm sinnvoll ergänzt. Zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Krise sollte der
24 Anschaffungspreise den Lieferanten jetzt erstattet werden, die Lieferung aber zu einem späteren
25 Zeitpunkt möglich sein. Zukünftige Hilfen für die Automobilbranche müssen mittelfristig an die Minderung
26 von CO2-Ausstoß und Arbeitsplatzsicherung gebunden werden, um die Unternehmen zukunftsfähig zu
27 machen. Wir lehnen deshalb auch eine Kauf- oder Abwrackprämie für Fahrzeuge mit klimaschädlichen
28 fossilen Antrieben ab.

29 Außerdem brauchen wir eine europaweit abgestimmte grüne Wasserstoffstrategie. Wasserstoff lässt sich gut
30 speichern und ist über Sektorkopplung in verschiedensten Bereichen einsetzbar: im Verkehr, als
31 Stromspeicher und möglicherweise auch zum Heizen.

32 Schon heute arbeiten rund 1,5 Millionen Menschen in den Umwelttechnologien. In vielen Bereichen ist
33 Deutschland Weltmarktführer. Die konsequente Weiterentwicklung neuer Antriebe ist der Weg in die
34 Zukunft der Automobilbranche – mit großen Zukunftschancen für Unternehmen und Beschäftigte!

35 Energieintensive Unternehmen, die es im Verkehrsbereich gibt, sollen Förderungen für eigene Anlagen zur
36 Produktion von erneuerbaren Energien erhalten. Wir werden die Industrie klimafreundlich machen. Weitere
37 Förderungen und Vergünstigungen müssen an Arbeitsplatzsicherheit und Qualität der Arbeitsplätze geknüpft
38 werden.

39 Bayern muss für die kleinen und mittleren Unternehmen und Zulieferbetriebe der Branche einen
40 Beratungsfond einrichten für die notwendige Strategiearbeit und Kooperationen von KMU mit Forschungs-
41 und Bildungseinrichtungen unterstützen.

- 1 Wir wollen auch die Transformation im Flughafenbereich regional begleiten.
- 2 Vorsprung durch Qualifikation.
- 3 Wir werden eine umfangreiche Bedarfsprognose für den Arbeitsmarkt in Bayern durchführen: Was sind die in
4 Zukunft benötigten Qualifikationen? Darauf aufbauend werden wir die Beratung für berufliche
5 Entwicklungen ausbauen und anpassen. Hierfür braucht es mehr Personal bei den Arbeitsagenturen.
- 6 Wir wollen dafür genügend ausgebildetes Qualifizierungspersonal an Schulen, Universitäten und in der
7 Erwachsenenbildung und so schnell wie möglich eine moderne digitale Ausstattung an allen
8 Lehreinrichtungen und in ALLEN Schulen.
- 9 Die Ausbildungsberufe müssen mit den Sozialpartner*innen weiterentwickelt und neue, qualitativ
10 hochwertige Ausbildungen geschaffen werden. Die Qualität der Ausbildung ist dabei das höchste Gut.
- 11 Für die notwendigen Qualifizierungen wollen wir ein Angebot für eine hochwertige
12 Erwachsenenbildung schaffen. Hierzu werden die Sozialpartner*innen herangezogen und StartUps und
13 Firmenneugründungen gefördert, die ein Weiterbildungsangebot schaffen. Zusätzlich muss es endlich
14 mindestens 10 Tage Bildungsurlaub in Bayern geben.
- 15 In Fällen von Kurzarbeit soll Kurzarbeitergeld länger ausgezahlt und damit verbunden die Möglichkeit zur
16 Qualifizierung geboten werden.
- 17 **Stärkere Mitbestimmung für eine gerechtere Transformation**
- 18 Wir werden mit den Betriebsräten*innen, Beschäftigten und Gewerkschaften nicht nur selbstverständlich
19 einen dauerhaften Dialog über die Verkehrswende führen, sondern sie in alle Entscheidungen auf Augenhöhe
20 einbinden. Bürger- und Verbandsdialoge vor Ort werden eine Beteiligung und Information der Gesellschaft
21 ermöglichen.
- 22 Wir wollen, dass für alle betroffenen Regionen Zukunftsszenarien erstellt werden und dabei
23 Betriebsräte, Bürger*innen, Betriebe, Forschungsinstitute und Gewerkschaften einbezogen werden –
24 Regionalräte und Transformationsbündnisse müssen hierbei gefördert werden. Wir werden außerdem bei
25 den Betrieben der Automobilindustrie anregen, Zukunftspläne zu erstellen, wo sie ihre Pläne für Produkt-
26 und Personalentwicklung mit dem Betriebsrat einschätzen um so schnell auf Trends reagieren zu können.
- 27 Die betriebliche Mitbestimmung sorgt dafür, dass die Belegschaften im Wandel besser gehört und
28 begleitet werden. Wir setzen uns dafür ein, die Mitbestimmung und die Gründung von Betriebsräten besser
29 zu fördern. Hierzu wollen wir auch das Betriebsverfassungsgesetz novellieren und Betriebsräten mehr
30 Mitbestimmungsrechte geben, Gründungen erleichtern und Betriebsrät*innen besser schützen.
- 31 Neue Arbeitsplätze durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs müssen den Kriterien für „gute
32 Arbeit“ des DGB entsprechen (d.h. tarifgebunden, unbefristet und mit Mitbestimmung). Bei der Vergabe von
33 öffentlichen Verträgen muss die Tarifgebundenheit und die Einhaltung von Klima- und Umweltvorgaben
34 Voraussetzung werden. Deshalb wollen wir auch ein verpflichtendes Tarifreuegesetz für Bayern einführen.
- 35 **Sicherheit schafft Vertrauen**
- 36 Wer durch Veränderungen in der Branche seinen bzw. ihren Arbeitsplatz verliert, darf nicht durch das Raster
37 fallen. Wir wollen den Geltungsbereich des Kurzarbeitergeldes von konjunkturellen Krisen auf
38 Strukturumbrüche erweitern und so ein Transformations-Kurzarbeitergeld schaffen. Wir wollen außerdem,
39 dass das Kurzarbeitergeld länger gezahlt wird, um Arbeitsplatzverlusten vorzubeugen.

- 1 Die Unternehmen werden auch in und nach der Verkehrswende weiterhin Umsatz und Gewinne erzielen.
- 2 Diese dürfen nicht durch Rationalisierung und das Wegfallen von Arbeitsplätzen erreicht werden. Um
- 3 Arbeitsplätze zu erhalten, müssen die Arbeitnehmer*innen an den Gewinnen beteiligt werden. Wir wollen
- 4 die Wochenarbeitszeit auch im Verkehrsbereich bei vollem Lohnausgleich auf 30 Stunden die Woche
- 5 verkürzen.
- 6 Bei einem Verlust des Arbeitsplatzes muss das Arbeitslosengeld I länger ausbezahlt werden. Wir wollen
- 7 außerdem die Angebote durch das Qualifizierungschancengesetz weiter ausbauen und mehr Möglichkeiten
- 8 für Qualifizierungen und zweite Ausbildungen schaffen.

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

1 Antrag 03: Soziale und gemeinwohlorientierte Digitalisierung für 2 alle Menschen in Bayern

Antragsteller/in:	BayernSPD Landesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	N - Netzpolitik und Digitales

3 Einleitung

4 Die Digitalisierung ist in aller Munde und in der Arbeitswelt aber auch im Privaten bereits sehr weit
5 fortgeschritten. Dennoch wagt sich die Politik bisher nur sehr verhalten an dieses Thema, obwohl die
6 Bürger*innen politische Regelungen im Umgang mit den digitalen Technologien erwarten. Gleichzeitig fühlen
7 sich viele Bürger*innen auch abgehängt, sei es wegen fehlender Infrastruktur, fehlendem Wissen über
8 bestimmte digitale Technologie oder weil sie keine Hoheit über ihre Daten haben.

9 Wir wollen, dass demokratische Politik Digitalisierung so gestaltet und reguliert, dass sie den Menschen dient
10 und nützt. Wir wollen nicht, dass Märkte und Konzerne die Entwicklung bestimmen.

11 Dabei sehen wir die Digitalisierung als originär sozialdemokratisches Thema an: Die SPD ist im Zuge der
12 Arbeiter*innenbewegung des späten 19. Jahrhunderts entstanden, also in Reaktion auf die erste Phase der
13 Industrialisierung (Industrie 1.0), nämlich die Einführung maschineller Fertigung. Über die Industrie 2.0, die
14 durch die Verbreitung von Fließbandarbeit gekennzeichnet war, und die Industrie 3.0, die elektronische und
15 computergestützte Steuerung von Maschinen, sind wir mittlerweile im Zeitalter der Industrie 4.0, der
16 vollnetzten Arbeitswelt, angelangt. Standen in der Gründungszeit der SPD vor allem die negativen
17 Auswirkungen der Industrie 1.0 auf die Arbeiter*innen im Fokus unserer politischen Arbeit, so sehen wir uns
18 heute nicht nur mit einer sich wandelnden Arbeitswelt, sondern auch mit der Veränderung menschlichen
19 Zusammenlebens durch neue digitale Technologien konfrontiert.

20 Wir als sozialdemokratische Partei Deutschlands stellen uns im Sinne unserer langjährigen Tradition nun
21 erneut der Herausforderung, die Interessen der Menschen in Bayern in Bezug auf die durch die
22 Digitalisierung veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen zu erkennen und zu vertreten, ihnen den
23 Zugang zu Chancen und Möglichkeiten der neuen Technologien zu eröffnen und den Menschen wieder vor
24 Gewinn und Technologie zu stellen.

25 Die vier inhaltlichen Schwerpunkte des Leitetrags Digitalisierung

26 1) Digitalisierung im Sinne der Arbeitnehmer*innen gestalten

27 Die Digitalisierung in der Arbeitswelt schreitet täglich voran, ob Prozesse automatisiert werden oder
28 Dienstleistungen globalisiert werden, dadurch ändern sich permanent die
29 Rahmenbedingungen von Arbeit. Die Nachfrage nach einfachen beruflichen Tätigkeiten wird immer geringer
30 und die Nachfrage nach Spezialist*innen steigt. Dieses bedingt eine permanente Weiterbildung der
31 Arbeitnehmer*innen, die von Arbeitgeber*innen nur unzureichend ermöglicht bzw. unterstützt wird.
32 Gleichzeitig beklagen sie einen Fachkräftemangel. Die Möglichkeit, dass man bereits nach 20 Jahren im Beruf
33 auf einmal überflüssig wird, war nie so groß wie heute.

34 Sharing Economy und Cloud Working können zu einer Prekarisierung von Arbeit führen, die gesellschaftlich
35 nicht gewünscht ist. Regelmäßig ändern sich durch Digitalisierungsmaßnahmen komplette Produktions- und
36 Verwaltungsabläufe und erworbene Qualifikationen werden permanent auf den Prüfstand gestellt.

- 1 Wir sehen Digitalisierung von Arbeitsprozessen als notwendig für wirtschaftliche Wertschöpfung an.
- 2 Darüberhinaus bietet die Digitalisierung auch Chancen für die Gestaltung von Arbeit in den Betrieben und
- 3 den Verwaltungen:
 - 4 • Organisation (Kompetenzentwicklung, Entscheidungsbefugnisse)
 - 5 • Arbeitszeit (Selbstbestimmung, Verfügbarkeit)
 - 6 • Zusammenarbeit
 - 7 • Gestaltung von Handlungs- und Entwicklungsspielräumen
 - 8 • Flexibilität
 - 9 • Home Office
- 10 Hier gilt es schnellstmöglich In Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften konkrete Forderungen an den
- 11 Gesetzgeber und die Arbeitgeber*innen zu formulieren, was über den runden Tisch der Digitalisierung der
- 12 Staatsregierung hinaus geht.
- 13 Wie mit jeder massiven Veränderung der Arbeitswelt wird es Branchen und Arbeitsplätze geben, die neu
- 14 entstehen oder wegfallen. Aktuelle Befunde zu Auswirkungen der Digitalisierung für Deutschland (IAB/ZEW
- 15 2018) sagen voraus, dass es voraussichtlich nicht weniger Jobs geben wird, sondern Tätigkeitsfelder
- 16 wegfallen werden. Eine Verschiebung zu “Nicht-Routine-Tätigkeiten” ist hierbei sehr wahrscheinlich. Dies
- 17 führt dazu, dass es gerade nicht und niedrig qualifizierte Arbeitnehmer*innen sehr schwer haben werden
- 18 weiterhin in Beschäftigung zu bleiben.
- 19 Um dies abzufedern, schlagen wir vor:
 - 20 a. Firmen müssen gesetzlich verpflichtet werden, Umschulungsprogramme für die durch Digitalisierung
 - 21 negativ betroffenen Arbeitnehmer*innen zu entwickeln.
 - 22 b. Arbeitnehmer*innen sollten innerhalb ihrer jeweiligen Arbeitgeber*innen-Firma neuqualifiziert werden
 - 23 und eine andere, gleichwertige und gleich bezahlte Tätigkeit innerhalb der Firma übernehmen können,
 - 24 also nicht in die Arbeitslosigkeit fallen.
 - 25 c. Die Unternehmen sollen also in Umschulungsprogramme investieren, die einem
 - 26 Arbeitsplatzverlust durch den Einsatz digitaler Technologien vorbeugen. Hierzu sollte eine Kooperation
 - 27 zwischen Unternehmen in Deutschland und der Agentur für Arbeit gebildet werden. Die Kosten für die
 - 28 Umschulungen müssen allerdings zum großen Teil die Unternehmen tragen, da der Einsatz digitaler
 - 29 Technologien ihnen finanzielle Vorteile bringt.
 - 30 d. Auch Mitarbeiter*innen, welche das Unternehmen verlassen müssen (z.B.
 - 31 Arbeitsplatzkürzungen) müssen auf den Arbeitsmarkt der Zukunft (der Digitalisierte
 - 32 Arbeitsmarkt) vorbereitet und geschult werden. Hier ist das Arbeitslosengeld Plus ein erster Ansatz, auch
 - 33 dürfen 30 oder 40 jährige Berufsbiographien nicht durch ALGII entwertet werden, wenn eine Weiterbildung
 - 34 nicht mehr möglich ist oder keine neue Berufsperspektive geschaffen werden kann.
 - 35 e. Insgesamt wird es durch die Digitalisierung nicht weniger Arbeit geben, allerdings verändert sich die Art
 - 36 der Tätigkeiten massiv. Der Stress der modernen Gesellschaft ist für viele Bürger*innen sehr belastend.
 - 37 Deshalb plädieren wir perspektivisch für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und eine
 - 38 genauere Definition von Arbeitszeit im digitalen Zeitalter. Gleichzeitig muss die faktisch zulässige
 - 39 Ausweitung der Arbeitszeit von derzeit 60 Stunden auf maximal 40

1 Stunden pro Woche begrenzt werden. Außerdem sollte es ein Recht auf Nichterreichbarkeit geben. Einer
2 Entgrenzung von Arbeit, wie sie aktuell zu beobachten ist, ist durch eine Reform des Arbeitszeitgesetzes
3 entgegen zu wirken.

4 f. Eine europäische Sozialversicherungsnummer ist in der digitalen Welt notwendig. Sie verspricht eine
5 bessere Mobilität von Arbeitnehmer*innen innerhalb der EU. Außerdem ist die einfachere Zuordnung von
6 Versicherten bei der Ermittlung von Versicherungszeiten aus verschiedenen Mitgliedstaaten bei der
7 Prüfung von Sozialleistungsansprüchen möglich.

8 g. Plattformarbeiter*innen müssen genauso gut geschützt werden, wie konventionelle Arbeitnehmerinnen
9 und Arbeitnehmer in der Offline-Welt.

10 Wir sprechen uns klar gegen die Bemühungen von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger aus, über eine
11 Reform des Arbeitsschutzgesetzes die Höchststundenzahl täglicher Arbeit zu entgrenzen. Arbeitsschutz muss
12 an die Bedürfnisse der Arbeitnehme*rinnen in digitalen Zeiten angepasst werden, nicht die Menschen an
13 die Digitalisierung.

14 Zusammenfassend ist klar, dass Digitale Arbeit alte und neue Themen der sozialen Gerechtigkeit massiv
15 beeinflusst:

- 16 • tarifliche Absicherung
- 17 • Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten
- 18 • individuelle Beteiligungsrechte Arbeitnehmer*innenstatus
- 19 • Daraus ergibt sich auch wieder, wie bei der Gestaltung der Arbeit, schnell konkrete Forderungen bzw.
20 Vorschläge entwickeln zu müssen.

21 2) Bildung

22 Mit der fortschreitenden Digitalisierung aller Lebensbereiche, insbesondere auch der Arbeitswelt, ist eine
23 kontinuierliche Bildung und Weiterbildung elementar für den Erhalt und Ausbau von Wohlstand. Bildung
24 wird auch beim Gelingen einer sozialen Digitalisierung die Schlüsselrolle zukommen. Bildung wird nötig sein,
25 digitale Technologien der gesamten Bevölkerung näher zu bringen; Bildung wird nötig sein, um für die
26 Digitalisierung wichtige Expertise aufzubauen, Weiterbildung wird Weiterbeschäftigung garantieren.

27 Deshalb schlagen wir eine Digitalisierungsoffensive in der Bildung vor:

- 28 • Medienkompetenz: Der Erwerb von Medienkompetenz gehört ohne Zweifel zu den
29 Basiskompetenzen und ist die Grundlage für mündige Bürger*innen. Wissen über heutige
30 Medien und ihre Arbeitsweisen und vor allem über die Mediennutzung und eine kritische
31 Auseinandersetzung mit einem sich ständig wandelnden Medienangebot, müssen erlernt und immer
32 weiter verbessert werden. Junge Menschen müssen besonders über die Auswirkungen sozialer Medien auf
33 die psychische Gesundheit informiert werden und Fakten von Meinungen oder Fake News unterscheiden
34 können.
- 35 • Schule: Digitalisierung und der Erwerb digitaler Kompetenzen müssen in Schule und Unterricht systematisch
36 gefördert werden. Digitalisierung umfasst drei Kernbereiche: technische (wie funktioniert das?), eine
37 gesellschaftliche (wie wirkt das?) und eine sozial-kommunikative (wie nutze ich das?). An diesen Punkten
38 muss auch politisches Handeln/Steuerung ansetzen.

39 Für Kinder und Jugendliche sind digitale Prozesse, digitale Umgebungen fester Bestandteil ihrer Lebenswelt
40 und Alltagserfahrungen. Eine Differenzierung zwischen on- und offline ist weder möglich noch der

- 1 Alltagserfahrung angemessen. Daher muss Schule fächerübergreifend Schülerinnen und Schüler in der
2 Entwicklung und kritischen Reflexion digitaler Kompetenzen begleiten und unterstützen:
- 3 - Digitale Medien sind relevant in der Gestaltung von politischen Sozialisationsprozessen
4 - Aufklärung und Diskurs über Verhalten und Phänomene in digitalen Umgebungen sind unerlässlich
5 - Aufklärung über und Umgang mit Gefahren im digitalen Raum wie Cybermobbing, Catfishing,
6 Identitätsdiebstahl, Datensicherheit sollten Bestandteile des Unterrichts sein
7 - Schülerinnen und Schüler sollten im Umgang mit digitalen Medien geschult bzw. begleitet werden, was
8 auch Kreativität/Interessen umfasst und den selbstverständlichen Umgang mit digitalen Medien und der
9 Reflexion ihrer Potentiale, Grenzen und Risiken durch Schüler*innen umfasst. Hierfür sind entsprechend
10 angepasste Lehrformate/Lernmittel essenziell, wobei Programmieren nicht die einzige Form der
11 Digitalisierung ist
- 12 Entsprechend müssen Lehrkräfte systematisch geschult und ausgebildet werden, Lehrpläne angepasst
13 werden um dann auch die notwendige digitale Infrastruktur an den Schulen nutzen zu
14 können. Hierfür muss das Thema Digitalisierung auch in die Modulstrukturen der Lehrer*innenausbildung an
15 den Universitäten integriert werden.
- 16 • Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften: Wir müssen in Deutschland sicherstellen,
17 dass wir genügend Experten für die Bewältigung der Digitalisierung und zur
18 Entwicklung digitaler Produkte und Prozesse zur Verfügung stehen haben, um den
19 Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken. Deshalb soll die Ausbildung / das Studium speziell in den
20 Digitalisierungsberufen, z.B. Data Scientists, gefördert und Anreize geschaffen werden, dass diese für den
21 deutschen Staat und deutsche Unternehmen arbeiten und das digitale Deutschland stärken
22 (Rückgewinnung der Souveränität Deutschlands im Bereich digitale Plattformen und Technologien
23 gegenüber CN und USA). Auch Richter*innen und Polizist*innen müssen speziell auf dem Gebiet des
24 digitalen Rechts ausgebildet werden (Datenschutz, Cybercrime, Hass und Hetze im Netz etc.).
- 25 • Erwachsenenbildung: Die Nationale Weiterbildungsplattform/ virtuelle Volkshochschule soll für alle
26 Mitarbeiter*innen, die sich weiterbilden wollen oder müssen, zur Verfügung stehen. Wir benötigen
27 Anreize, damit Menschen Spaß am "Lebenslangen Lernen" bekommen. Zudem sollen offene Schnittstellen
28 etabliert werden, die die Verknüpfung anderer virtueller Schulungsinhalte ermöglichen. Im ersten Jahr
29 sollen 1% der Bevölkerung mindestens einen der von der virtuellen Volkshochschule veröffentlichten
30 Digitalisierungskurse absolvieren.
- 31 • Bezahlter Bildungsurlaub: In der Arbeitswelt muss das Recht auf bezahlten Bildungsurlaub in Bayern
32 durchgesetzt werden, damit Arbeitnehmer*innen, wo die Arbeitgeber*innen keine eigene Weiterbildung
33 anbieten, die Möglichkeit haben ihre Qualifikation zu erhalten bzw. auszubauen.
- 34 • Auch im Bereich der Digitalen Arbeit dürfen wir nicht unnötiger Akademisierung verfallen. Wie
35 in der produzierenden Industrie sind auch hier Tätigkeitsbereiche z.B. sehr gut für Fachinformatiker*innen
36 geeignet. Das erfordert natürlich eine zeitnahe Überarbeitung von Ausbildungsinhalten bzw. die Schaffung
37 neuer Berufsfelder.
- 38 • Wir als SPD wollen uns als die Digitalisierungspartei Deshalb wollen wir
39 Digitalisierungsaufklärung über Grundprozesse und –begriffe der Digitalisierung in Form von YouTube
40 Videos veröffentlichen.
- 41 3) Digitalisierung und Staat/ Verwaltung

1 Eine vernünftige Teilhabe der Bevölkerung und der Unternehmen an der Digitalisierung, gerade im ländlichen
2 Raum, bedingt eine wichtige Sichtweise auf die Infrastruktur. Diese sollte heutzutage Teil der
3 Daseinsfürsorge sein und darf nicht dem freien Spiel des Marktes überlassen werden, da die Erfahrung zeigt,
4 dass Regionen wirtschaftlich abgehängt werden, wenn die
5 Infrastruktur nicht vorhanden ist. Deshalb müssen ländliche, halbverdichtete und städtische
6 Gebiete gleichermaßen gefördert werden können, damit sie auch gleichermaßen an der digitalen
7 Transformation partizipieren können. Der Breitbandausbau ist moderne Daseinsvorsorge. Daher müssen für
8 die kommunalen Unternehmen die wettbewerbsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, das auch
9 sie Fördermittel erhalten.

10 Breitbandausbau im stationären Bereich, sowie Mobilfunkausbau hinken den technischen Möglichkeiten
11 noch hinterher, obwohl eine vernünftige Anbindung an die Netzinfrastruktur für die Bevölkerung und
12 Unternehmen immer wichtiger wird. Unternehmen suchen ihre Standorte u.a. nach den
13 Infrastrukturmöglichkeiten aus, Arbeitnehmer*innen werden ein Recht auf Homeoffice nur durchsetzen
14 können, wenn die Infrastruktur stimmt. Gerade im ländlichen Raum ist die Mobilfunkabdeckung nach den
15 Karten der Bundesnetzagentur in Bayern teilweise noch auf dem
16 2G Standard, obwohl 4G heute der Normalzustand sein sollte und 5G grade eingeführt wird. Beim
17 Breitbandausbau im stationären Bereich, wo mittlerweile Anbindungen bis 500 mbit/sec möglich sind, ist der
18 Großteil noch mit weniger als 50 mbit/sec unterwegs.

19 Deswegen fordern wir die Entflechtung von Infrastruktur und Zugangsanbieter*in, wie sie im
20 Strommarkt bereits statt gefunden, hat mit einer Pflicht, die Infrastruktur nach den technischen
21 Möglichkeiten auszubauen. Speziell im Bereich Mobilfunk können hierdurch Doppelstrukuren (im Bereich
22 Zugangspunkte) vermieden werden und eine Versorgung der Bevölkerung nach den technischen
23 Möglichkeiten und nicht nach wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen sichergestellt werden. Hierzu
24 soll der weitere Ausbau der digitalen Infrastruktur in die öffentliche Hand gegeben werden.

25 Wir sehen die Digitale Infrastruktur außerdem als weitere wichtige Säule der Staatssouveränität sowie als
26 zentral für die innere und äußere Sicherheit Deutschlands und unterstützen z.B. die Speicherung von
27 Bodycam Daten der deutschen Polizei auf Amazon Servern aus datensicherheitstechnischen Gründen nicht.

28 Deshalb schlagen wir vor, eine deutsche/europäische digitale Infrastruktur aufzubauen und die bestehende
29 Infrastruktur in dieselbige zu überführen, denn nur so ist die Souveränität Deutschlands/Europas im
30 Angesicht der Digitalmächte China und USA zu erhalten. Folgendes muss dabei beachtet werden:

- 31 • Netzneutralität: Daten müssen neutral über das Internet übermittelt werden unabhängig von Diensten und
32 Anwendungen.
- 33 • 5G-Netze werden zum künftigen Rückgrat unserer zunehmend digitalisierten Gesellschaften. Sie verbinden
34 Milliarden vernetzter Objekte und Systeme, auch in kritischen Sektoren wie Energie, Verkehr oder
35 Gesundheit und verarbeiten sensible Informationen. Die Absicherung der 5G-
36 Netze ist daher von größter Bedeutung. Dazu müssen die Sicherheitsanforderungen an die
37 Mobilfunknetzbetreiber verschärft werden. Abhängigkeiten von einzelnen Hardware- und Software-
38 Herstellern sind zu vermeiden. Stattdessen sollte die Anschaffung von Hardware und Software
39 diversifiziert werden.
- 40 • Wir fordern eine genaue Aufklärung, was eine deutsche/europäische digitale Infrastruktur bezüglich 5G
41 Hardware und Software und angesichts der Marktvormacht amerikanischer und chinesischer
42 Technologieunternehmen bedeuten kann.

- 1 • Außerdem soll eine Kommunale Digitalplattform aufgebaut werden, die verschiedene Module beinhaltet,
2 und sowohl die Erledigung von Amtsangelegenheiten als auch den sozialen Austausch ermöglicht. Hierzu
3 müssen dezidierte Anforderungsstudien folgen.
- 4 • EU-weit muss mehr in Forschung und Entwicklung investiert werden, damit Europa Technologieführer bei
5 den neuen Spitzentechnologien wie 6G, Supercomputing, Roboti Blockchain wird.
- 6 • Zudem müssen wir eine deutsche/europäische Cloud bzw. deutsches/europäisches
7 Serverzentrum sowie eine deutsche/europäische KI-Plattform Dies wird auch die
8 Datensicherheit signifikant verbessern. Die Idee eines europäischen „KI-Airbus“, also der Bündelung der
9 europäischen Kompetenzen in einem Unternehmen, stärkt die Unabhängigkeit von ausländischen
10 Herstellern und muss weiterverfolgt werden.
- 11 • Gegen Gesichtserkennungstechniken und deren Verwendung zur Überwachung in Deutschland lebender
12 Bürger*innen sprechen wir uns ausdrücklich aus. Gegen eine weitere Aushöhlung von Datenschutz und
13 informationeller Selbstbestimmung, insbesondere anlasslose Überwachung und Aufweichung
14 strafprozessualer Grundsätze sprechen wir uns ausdrücklich aus.
- 15 • Start-ups im Bereich Digitalisierung müssen weiterhin und noch stärker gefördert werden. Besondere
16 Unterstützung benötigen diese Unternehmen, wenn sie in die Größe eines kleinen und mittleren
17 Unternehmens Desweiteren müssen gemeinsam Businessmodelle entwickelt werden, die darauf abzielen,
18 dass diese Unternehmen nicht von US-amerikanischen und chinesischen Unternehmen oder
19 Staatsbürger*innen aufgekauft werden, sondern in Deutschland/ Europa verbleiben.
- 20 • Zweimal im Jahr sollen besonders innovative deutsche Unternehmen und Initiativen im Bereich
21 Digitalisierung mit einem Deutschen Digitalisierungspreis ausgezeichnet werden, um die Öffentlichkeit zu
22 informieren und über den Stand der Technik aufzuklären.
- 23 • Der Einzelhandel in Bayern soll durch eine staatlich unterstützte Plattform nach dem Vorbild der in Siegen
24 entwickelten Plattform "Lozuka" gestärkt werden, damit wieder mehr lokal gekauft wird.
- 25 Die weitreichenden Folgen der Digitalisierung verlangen unserer Meinung nach strenge Ethikrichtlinien, die
26 unseren Bürger*innen eine sichere und soziale Digitalisierung garantieren. Wir schlagen deshalb vor den sog.
27 Digital Ethics Brand zu entwickeln.
- 28 • Deutschland soll sich innerhalb der EU und darüber hinaus einen Namen im Bereich Ethik der
29 Digitalisierung verschaffen und erreichen, dass europäische Ethikrichtlinien in jede Form
30 künstlich intelligenter Systeme eingebaut werden müssen, bevor sie eine Zulassung in der EU erhalten
31 können.
- 32 • Weitere Inhalte des Digital Ethics Brand müssen die Themen Datensicherheit, digitale Grund- und
33 Bürgerrechte, digitale Staatssouveränität, diskriminierungsfreie Algorithmen, digitale Marktmacht, Open
34 Data, staatliche Regulierung des Internet/ Open Internet (siehe Inrupt) sein
- 35 • Als wichtigen inhaltlichen Bestandteil des Digital Ethics Brands fordern wir zum Beispiel ein Verbot
36 autonomer Waffensysteme und die Verhinderung von Singularität mittels eines verpflichtend eingebauten
37 Ausschalters in allen künstlich intelligenten Systemen auf dem Markt.
- 38 Eine digitale Verbraucher*innen- und Produktsicherheitsinstitution
- 39 Die Entwicklung und Nutzung neuer KI-Technologien hat das Potenzial, unsere Gesellschaften bis zur
40 Unkenntlichkeit zu verändern. Die EU wird verbindliche ethische Richtlinien für die Entwicklung, das Design,

1 die Produktion, den Einsatz und die Modifizierung von Robotern und anderen KI-Technologien benötigen, der
2 sich auf die Wahrung der Grundrechte, ethische Aspekte, rechtliche Garantien und Haftung konzentriert und
3 damit unsere demokratischen Gesellschaften und Bürgerinnen und Bürger als Konsumenten schützt (Digital
4 Ethics Brand). Um die Einhaltung des Digital Ethics Brand sicherzustellen, schlagen wir eine neu
5 einzurichtende digitale Verbraucher- und Produktsicherheitsinstitution vor. Diese soll eine unabhängige
6 Monitoringfunktion bezüglich neu zugelassener KI Produkte erfüllen.

7 • Zudem soll sie sich eines Vetorechts gegenüber Anbieter*innen digitaler Technologien, speziell auch
8 solcher, die künstliche Intelligenzen nutzen, bedienen können.

9 • Verankerung von Security by Design in Normen und Standards.

10 • Zulassung künstlich intelligenter Systeme ähnlich zur Medikamentenzulassung.

11 • Vergabe von Zertifikaten, Güte- und Sicherheitssiegeln.

12 • Überarbeitung des Produkthaftungsgesetzes und Anpassung an Software/ KI Anwendungen etc.

13 • Überarbeitung des AGB-Rechts, sodass Sicherheitsupdates von Softwareprodukten nicht ausgeschlossen
14 werden können.

15 • Zulassung nur solcher KI Systeme, die dem Wohle des Menschen im Sinne unseres Grundgesetzes dienen.

16 • Qualitätsmanagement für digitale Technologien entwickeln und Produktqualitätsüberprüfung ausführen.

17 • Sicherheit von Apps bzw. Identifikation potenzieller Spionageapps.

18 • Kennzeichnung von Produkten und Prozessen, in denen künstliche Intelligenz entscheidet.

19 • Aufbewahrung und Analyse der Dokumentation künstlich intelligenter Systeme, die in Deutschland
20 entwickelt oder vertrieben werden.

21 • Überprüfung des Vorhandenseins von Ausschaltern in künstlich intelligenten Systemen

22 • Open Data soll Industriestandard werden, weshalb die digitale Verbraucher*innen- und
23 Produktsicherheitsinstitution im Besonderen auch das Open Data Prinzip in neu zuzulassenden Produkten
24 prüfen soll.

25 Ein konsequenter Ausbau digitaler Leistungen in der Verwaltung (sog. eGovernance) ist unbedingt notwendig,
26 da er die Nutzung von Verwaltungsdienstleistungen vereinfacht. Wir schlagen hierfür als Tool die Kommunale
27 Digitalplattform vor. Hierbei sehen wir die Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) in der
28 Pflicht. Diese soll dementsprechend finanziell gefördert und ausgebaut werden. Folgendes ist beim Aufbau
29 einer digitalen Verwaltung zu beachten:

30 • darf nicht zur Benachteiligung bestimmter Bürger*innen-Gruppen führen (bedingt durch
31 Einschränkungen) darf nicht zur Überwachung genutzt werden die Verwendung der Daten muss immer
32 • zweckgebunden sein soll zur Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben genutzt werden die Nutzung
33 • digitaler Daten von Personen und Unternehmen muss weiter strengsten Auflagen unterliegen: Nutzung
34 • nur bei konkreter Bedrohungslage, Aufklärung von schweren Straftaten gegen Leib und Leben,
35 • Aufklärung von militärischen Aktivitäten. Eine entsprechende Datennutzung muss nachvollziehbar
36 • dokumentiert werden und richterlich genehmigt werden.

37 • Als SPD wollen wir die Bürger*innen zur stetigen und räumlich unabhängigen Wahrnehmung ihrer
38 Mitgliedsrechte und politischen Bürger*innenpflichten befähigen. So muss politische Aktivität und
39 Beteiligung auch jenseits der bestehenden Strukturen ermöglicht werden. Auch hierfür schlagen wir eine
40 gesonderte Funktionalität auf der Kommunalen Digitalplattform vor.

1 Zudem bekräftigen wir die absolute Notwendigkeit der Einführung der Digitalsteuer:

2 Firmen, die mit digitalen Services, Technologien und Produkten im deutschen Wirtschaftsraum mehr als eine
3 bestimmten Umsatz erwirtschaften, muss eine Digitalsteuer von einigen Prozent des jährlichen Umsatzes
4 auferlegt werden. Die Erträge dieser Digitalsteuer sollen ausschließlich in den Aufbau und die Verbesserung
5 der digitalen Infrastruktur und Ausbildung in Deutschland fließen.

6 4) Digitalisierung und Medien

7 Qualitätsjournalismus ist unersetzlich für ein faires, nachvollziehbares und gut funktionierendes
8 demokratisches Staatssystem. Dies gilt umso mehr, da Nachrichten und deren Bewertung in den Social Media
9 durch den Einsatz von auch aus dem nicht-europäischen Ausland finanzierten Chatbots verzerrt wird und so
10 auch zur Beeinflussung nationaler Wahlen führen kann. Dies ist unter allen Umständen zu verhindern.

11 Außerdem schlagen wir ein Ampelsystem zur für Bürger*innen allgemein und gut nachvollziehbaren
12 Identifikation von Fake News vor. Hier sehen wir die deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in
13 Zusammenarbeit mit dem BMBF als Verantwortliche für die Ausdefinition des Ampelsystems.

14 Deepfakes sind eine zunehmende Bedrohung für die öffentliche Ordnung und für die Demokratie. Sie
15 vermitteln den Eindruck, dass Personen etwas völlig Abwegiges sagen. Dabei sind die Videos durch künstliche
16 Intelligenz manipuliert. Urheber von Deepfakes müssen zur Rechenschaft gezogen werden und Plattformen
17 sollten solche Videos zum Beispiel mit einem Wasserzeichen kennzeichnen.

18 Das Internet ist der wichtigste Multiplikator für rechtsextremistische Hetze und Vernetzung, trägt also
19 entscheidend zu einem Erstarken des Rechtsextremismus in Deutschland und Bayern bei. Dieser Entwicklung
20 muss unter allen Umständen und mit aller Stärke entgegengewirkt werden. Wir fordern die Gründung einer
21 mit allen nötigen finanziellen und personellen Mitteln ausgestatteten Task Force "Digitaler
22 Rechtsextremismus" bei der Polizei in Bayern, deren Kernaufgaben

23 Aufdeckung rechter Netzwerke, Monitoring der Radikalisierung relevanter Einzelpersonen, Verhinderung von
24 Anschlägen, strafrechtliche Verfolgung. Dazu müssen die Sicherheitsbehörden mit den entsprechenden Big
25 Data Analyse-Tools ausgestattet sein und eine Ausbildung zu deren effektiver Nutzung erhalten. Data
26 Scientists sollen essenzieller Bestandteil der Task Force sein. Die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen
27 Rechtsextremismus soll beratend unterstützen.

28 Die Rechtsprechung in Deutschland hat sich in den letzten Jahren in den Bereichen Datenschutz,
29 Cybercrime, Hass und Hetze im Netz, etc. bereits Fortschritte gemacht und Gesetze erlassen, die es
30 Bürger*innen ermöglichen, gegen Straftaten im Netz vorzugehen. Allerdings ist dies noch nicht im
31 Bewusstsein der Gesellschaft verankert. Daher fordern wir umfassende Aufklärungskampagnen, die genauer
32 darlegen, mit welchen Mitteln man sich gegen derartige Straftaten zur Wehr setzen kann.

33 Social Media Plattformen wie zum Beispiel Facebook haben enorme Marktmacht auch dadurch erhalten, dass
34 sie sich von anderen, kleineren Plattformen durch nicht kompatible Standards beim Schreiben von
35 Nachrichten, Versenden von Dateien etc. abschotten. Deshalb fordern wir Interoperabilität zwischen den
36 großen Social Media Plattformen und kleineren Plattformen, damit letztere ihren Marktanteil ausbauen
37 können. All dies muss mit der progressiven

38 Datenteilungspflicht (Daten-für-alle Initiative) einhergehen, damit die marktbeherrschenden Plattformen
39 ihren Vorteil nicht weiter ausbauen können und die in der Regel datenschutzfreundlicheren kleineren
40 Plattformen ihre hohen Datenschutzstandards halten können. Die Datensouveränität muss sichergestellt
41 werden, indem die Plattformen verpflichtet werden, alle über eine Person gespeicherten Daten an diese
42 herausgeben zu müssen.